Arbeiterpolitik

10. Jahrgang Nr. 20 — Stuttgart, den 22. Oktober 1957 — 40 Pfennig

Der Stern einer neuen Zeit

Die Sensation des sowjetischen Erdtrabanten war nur deshalb so sensationell, weil das Publikum des Westens, genasführt von seinem „freien und unabhängigen" Informationswesen, Tatsachen nur dann zur Kenntnis nimmt, wenn sie ihm auf den Schädel fallen. Der bevorstehende Start des Sputniks ist mehrmals angekündigt worden; die Meldung vom gelungenen Abschuß einer interkontinentalen Fernrakete in der Sowjetunion wurde mit einigen Zeilen abgespeist und mit einem ungläubigen Lächeln übergangen; die zahlreichen wissenschaftlichen Erörterungen in der Sowjetliteratur und die eindeutigen Erklärungen sowjetischer Führer als „Propagandagerede" abgetan.

Jetzt bekommen die Manager dieser glorreichen Strategie deren Kehrseite zu spüren. Der psychologische Schock, den die weithin sichtbare Eroberung der technisch-wissenschaftlichen Führerschaft durch die Sowjetunion ausgelöst hat, ist umso stärker, als er im Westen eine vollkommen unvorbereitete Oeffentlichkeit trifft, der die turmhohe Ueberlegenheit Amerikas ein selbstverständlicher Glaubensartikel war. In Wirklichkeit hat die Sowjetunion den Vorsprung, den die USA auf dem Gebiete der Kernwaffen gehabt haben, in atemberaubendem Tempo ein- und schon 1955 überholt. Damals gelang in der Sowjetunion der Abwurf einer Wasserstoffbombe vom Flugzeug aus, was die USA erst im nächsten Jahre fertigbrachten. Der interkontinentalen Fernrakete, deren Existenz vom Erdsatelliten drastisch bestätigt wird, folgte kurz nach dem Start des Sputniks, nämlich drei Tage später, die sowjetische Mitteilung von der gelungenen Explosion einer neuartigen und sehr starken Wasserstoffbombe „in sehr großer Höhe". Die englischen Fachleute sind überzeugt, daß diese Wasserstoffbombe von Raketen in 100 km Höhe getragen und dort ausgelöst worden ist. Und schon sind neue und rasche Fortschritte der Sowjetwissenschaft auf dem Wege der Eroberung des Weltenraumes angekündigt worden.

Die breiten Massen fühlen zurecht, daß die USA eine folgenschwere Niederlage erlitten haben. Wenn von Propagandagerede gesprochen werden kann, so gilt das von den USA, die nach dem Platzen ihrer lärmenden Ruhmredigkeit der „Stimme Amerikas" die Anweisung gegeben haben: „Begrüßen Sie den Erdsatelliten als Triumph der Wissenschaft, verringern Sie seine Bedeutung im Rüstungswettlauf". Ein **Vergleich des amerikanischen und des sowjetischen Standes im Raketenbau,** und zwar so, wie ihn die Amerikaner selbst ziehen, etwa in „Newsweek", bestätigte die sowjetische Ueberlegenheit. Nach dieser Quelle haben sowohl die USA wie die Sowjetunion Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite bis etwa 320 km einsatzbereit.

Schon im Bereich der Mittelstreckenraketen (320—1200 km Reichweite) ändert sich das Bild. Hier haben die USA den „Redstone" ihrer Landstreitkräfte mit 320 km Aktionsradius, der gerade an der Grenze zwischen Kurz- und Mittelstrecken liegt. Die drei anderen amerikanischen Modelle der Mittelstrecke „Matador", „Regulus I" und „Regulus II" sind weitreichender, haben aber nur eine Düsenjägern entsprechende Geschwindigkeit, was sie der modernen Luftabwehr aussetzt. Die Sowjetunion hat dagegen zwei Mittelstreckenraketen, T 1 und T 4, mit 640 km und 1600 km Reichweite.

Im Bereich der Langstreckenraketen (1200 bis 3200 km) hält die Sowjetunion die T 2 einsatzbereit und einen von getauchten U-Booten abfeuerbaren Typ. Die USA sind gerade bei der Erprobung ihrer Langstreckenraketen „Jupiter", „Thor" und „Polaris". Die amerikanische Zeitschrift setzt selbst in Anführungszeichen, daß der Jupiter „erfolgreich" abgeschossen worden sei. Vom Polaris (für U-Boote bestimmt) heißt es, er sei „vielversprechend". Dieser Pessimismus bei den sonst so optimistischen Amerikanern ist keineswegs grundlos. Am 14. Oktober meldete die US-Marine, ihr „Thor" habe 3000 km zurückgelegt. Der Haken dieses „Erfolges" ist, daß die Rakete nur auf 2400 km berechnet ist, also 600 km aus eigenem Ermessen zugelegt hat. Die Lösung des Problems der Fernlenkung, die die Zielgenauigkeit bestimmt, ist offenbar den Amerikanern noch lange nicht geglückt. Im Juli antwortete ein Experte der USA, befragt über die Zielgenauigkeit der projektierten amerikanischen interkontinentalen Fernrakete, „man könne vorerst einigermaßen garantieren, daß bei einem Schuß auf Rußland Westeuropa nicht getroffen würde"!

Vom interkontinentalen Raketenbereich (3200—8000 km) sind die mehrfachen amerikanischen Mißerfolge mit dem „Atlas" bekannt, auf den obiger Ausspruch gemünzt war. „Titan", das zweite Projekt der USA dieser Reichweite, ist noch garnicht abgefeuert worden. „Snark", der „fast einsatzbereit" sein soll, ist ein ferngelenkter Bomber, keine Rakete. Am 26. August gab die Sowjetunion bekannt, daß ihre interkontinentale Fernrakete, T 3, erfolgreich abgefeuert worden ist, woran nach

---

Von der „aktiven Ostpolitik", die der bundesrepublikanischen Außenpolitik angeblich zu teuer ist, legt der Husarenstreich des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien Zeugnis ab. Die Nachricht, die uns nach Redaktionsschluß erreicht, ist von der gesamten westdeutschen Presse ablehnend oder mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. Bei der Schwäche der Konjunktur will die deutsche Industrie nicht an letzter Stelle stehen, falls der Osthandel interessant wird.

Der Vorwand, Jugoslawien habe die DDR diplomatisch anerkannt, statt Schulmeister Brentanos Verbot zu respektieren, ist ebenso lächerlich wie herausfordernd. Der jugoslawische Botschafter hat bei seiner Abreise darauf hingewiesen, daß Jugoslawien im Kriege gegen Deutschland 1,7 Mill. Menschen oder 12% der Bevölkerung verlor und dennoch als erstes Land alle deutschen Kriegsgefangenen entlassen sowie als eines der ersten Länder die Bundesrepublik anerkannt hat.

Wieder einmal haben es die kalten Krieger für nötig gehalten zu provozieren. Vor den Bundestagswahlen wurde die Heimführung angeblicher Deutscher aus der Sowjetunion zu einer Staatsaffäre gemacht, um die richtige Stimmung zu schüren. Jetzt soll der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien von der amerikanischen Niederlage im Raketenwettlauf ablenken. Nur keine internationale Verständigung! Das ist die Bonner Parole. Wie wird das erst werden, wenn Adenauer Atombomben hat?

dem Sputnikstart kein Zweifel mehr möglich ist. Die außerordentliche Präzision der Fernsteuerung, die nötig ist, damit der Erdsatellit seine Bahn erreicht, beweist, daß die Mitteilung über die Zielgenauigkeit des sowjetischen Interkontinentalgeschosses kein Geflunker war. Denn es handelt sich im Prinzip um die gleiche Dreistufenrakete. Wenn ein betreßter Maulheld im Pentagon von sich gab, „der Erdsatellit sei ein Stück Eisen, das fast jeder auflassen kann", so macht er sich nicht nur über die amerikanischen Mißerfolge lustig, sondern hält sein Publikum für dumm genug zu übersehen, daß es eine wissenschaftliche Glanzleistung ist, „das Stück Eisen" haargenau in seine Weltraumbahn zu steuern.

Es kommt hinzu, daß „das Stück Eisen", das die Sowjetunion erfolgreich zum Erdtrabanten gemacht hat, in allen technischen Gegebenheiten dem erst fertigzustellenden amerikanischen Satelliten haushoch überlegen ist. Niederschmetternd war für die Experten des Westens das Gewicht des Sputniks, der mit 83,6 kg beinahe zehnmal so schwer ist wie der 9,8 kg schwere Satellit des amerikanischen „Vanguard"-Projekts. Vorerst jedoch müssen die Amerikaner noch ihre Versuchsmodelle abschießen, die nur 2 kg wiegen. Da der sowjetische Sputnik selbst auch nur ein Versuchsmodell ist, dem die eigentlichen vollwertigen und schwereren Satelliten noch folgen werden, ist der erste Trabant der Sowjetunion 42mal so schwer wie der, den die USA planen. Dementsprechend schätzen die Amerikaner, daß die Sputnikrakete etwa 180 Tonnen wiegt gegen die rd. 10 Tonnen des „Vanguard"-Trägers.

Zu den krampfhaften Beruhigungsversuchen gehört Eisenhowers Versicherung, die USA werden ihren Satelliten im Dezember abfeuern. Auf dem in Barcelona gerade tagenden Astronautikerkongreß erklärte ein amerikanischer Raketenforscher, es könne gar keine Rede davon sein, daß die USA „mit Sicherheit" schon im Dezember ihren Trabanten auf die Reise schicken könnten.

Das amtliche Washington behauptet, der Sputnik ändere an den **militärischen Kräfteverhältnissen beider Blöcke** kein Jota, die Lage sei nach dem 4. nicht anders als am 1. Oktober. Sofern man unterstellt, daß die entscheidende Veränderung bereits Ende August eingetreten ist, als der Sowjetunion der Abschuß ihrer Fernrakete gelang, ist das nicht ganz unrichtig. Aber der Witz ist eben, daß man die russische Fernrakete nicht wahrhaben wollte und daß der Erdsatellit sie unwiderlegbar bestätigt hat. Insofern hat der Sputnik die wirkliche Veränderung der militärischen Kräfte dick unterstrichen und die Verwundbarkeit der USA öffentlich demonstriert.

Aber indirekt hat auch der Erdsatellit weitreichende militärische Bedeutung. Eines der kompliziertesten Probleme, denen sich die Fernraketentechnik gegenübersieht, ist die Zielgenauigkeit. Abgesehen von der hierzu erforderlichen präzisen Steuerung gilt es, die Erde neu zu vermessen. Die kugelförmige Gestalt der Erde hat in der bisherigen Kriegsführung keine Rolle gespielt, da die geringe Reichweite der Waffen die Vernachlässigkeit der Erdkrümmung ohne weiteres gestattet hat. Geschosse interkontinentaler Größenordnung kann man aber nicht nach den bisherigen Landkarten zielgenau lenken, da die Erdkrümmung, die auch vom Flugzeug aus nicht hinreichend genau vermeßbar ist, stark verzerrend wirkt. Ein mit entsprechenden Apparaturen versehener Satellit ist in der Lage, diese kartographischen Werte zu liefern, womit er den Punkt aufs i der Fernraketentechnik setzt. Zweifellos wird der oder einer der nächsten sowjetischen Erdtrabanten mit solchen Geräten ausgerüstet sein.

Wieder einmal hat die List der Entwicklung ihre Ironie offenbart. Eisenhowers Luftinspektionsplan, der die Sowjetgebiete der amerikanischen Militärkartographie erschließen sollte, und der von den USA sofort fallengelassen wurde, als die Sowjetunion ihn in den wesentlichen Punkten angenommen hatte, ist nun verwirklicht — auf Kosten der Vereinigten Staaten! Auch das ist ein politischer Faktor ersten Ranges. Die Sowjetunion hat sofort ihre Bereitschaft erklärt, den Weltenraum und die Raketentechnik im Rahmen eines allgemeinen Abrüstungskompromisses einer gemeinsamen Kontrolle zu unterwerfen. Niemand, der sich einen Rest Objektivität bewahrt hat, wird bestreiten können, daß bei der glatten Führung der Sowjetunion auf diesem Gebiete das Angebot den aufrichtigen Willen beweist, die Koexistenz zu verwirklichen. Es wurde bisher nicht für würdig befunden, von Dulles beantwortet zu werden.

Denn die Imperialisten der USA klammern sich noch krampfhaft an die **250 Stützpunkte,** die sie in einem Jahrzehnt mit ungeheuren Kosten rings um die Sowjetunion und China errichtet haben. Diese Schrotthaufen waren es, die Herrn General Norstad im Sommer vor dem Senatsausschuß für Auswärtiges Gelegenheit zur Prahlerei gaben, die US-Luftwaffe könne „jedes militärische Ziel (in der Sowjetunion) zerstören, das wir zerstören müßten".

„Meiner Ansicht nach", fuhr der europäische NATO-Kommandant fort, „könnten diese Streitkräfte (der USA) gegenwärtig relativ gefahrlos operieren. Möglicherweise würden sie in Zukunft weniger frei und leicht operieren können. Aber wir wissen, daß wir heute dazu in der Lage wären; und es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß wir es in einem Jahr, in fünf oder zehn Jahren nicht mehr sein sollten ...

Senator Fulbright: Wollen Sie bitte wiederholen, was Sie zuerst sagten? Sagten Sie, daß die NATO alles zerstören kann, was in Rußland von Bedeutung ist?

General Norstad: Ich meinte, alles von militärischer Bedeutung. Ja, das glaube ich.

Senator Fulbright: Alles von Bedeutung?

General Norstad: Ich glaube, daß wir das können. Ich meine alles, was im gegenwärtigen Augenblick in Rußland von militärischer Bedeutung ist. Ja, ich glaube, daß uns dies auch in fünf und in zehn Jahren noch möglich sein wird ...

Senator Fulbright: Würden wir nicht der gleichen Vergeltung (des Gegners) ausgesetzt sein, die ihm durch uns droht?

General Norstad: Ja. Ich möchte darauf gleich zu sprechen kommen. Denn wenn wir in der Lage dazu sind und bleiben, erhebt sich die Frage, was geschieht, wenn auch die Sowjets dazu imstande sind. Das war die Ursache aller Diskussionen über das Sich-gegenseitig-in-Schach-Halten und das atomare Gleichgewicht. Ich glaube, daß es kein wirkliches atomares Gleichgewicht gibt, weil gewisse Faktoren mitspielen, die dieses Gleichgewicht verhindern und immer verhindern werden. Aber wenn wir voraussetzen, daß wir diesen Krieg nicht beginnen würden, daß ihn aber die Russen kaltblütig begönnen, dann müßten sie sich der Folgen bewußt sein.

Die Folge, darüber muß sich der Angreifer gegenwärtig im klaren sein, wäre seine eigene Zerstörung. Wenn er z. B. über 50 Prozent unserer militärischen Macht verfügte, müßte er immer noch mit seiner Vernichtung rechnen. Wenn er über 100 Prozent davon verfügt, kann er uns viel Schaden zufügen, würde aber dennoch zerschlagen werden. Auch bei 200 Prozent kann er noch vernichtet werden ... Ich glaube, es gibt eine absolute Stärke, die der sowjetische Planer in Rechnung stellen müßte."

Diese friedliebenden Auslassungen erfolgten am 7. Juni in Washington, also lange vor der sowjetischen Interkontinentalrakete. Mittlerweile ist auch der Regierung der USA aufgestoßen, daß wenn sie einen doppelt so starken Gegner noch atomar vernichten zu können glaubt, das Umgekehrte logischerweise wohl auch der Fall sein müßte. Die amerikanische Schlußfolgerung war aber nicht, daß ein weltpolitischer Kompromiß im Sinne der Koexistenz der einzige Ausweg ist, sondern eine neue, fadenscheinige **„Theorie" lokaler Kriege,** die Henry A. Kissinger für Dulles ausgearbeitet hat. Danach sollten sich USA und Sowjetunion auf „ritterliche Spielregeln" einigen, die lokale Atomkriege ohne Ausweitung auf die beiden Großen zuließen. Dieser blühende Unsinn zeigt, wie hartnäckig der Imperialismus an Kriegen in einer Zeit festhält, die sie buchstäblich zur Frage von Sein oder Nichtsein für die ganze Menschheit gemacht hat. Es versteht sich, daß selbst

bei einer Einigung auf solch niedliche Spielregeln Europa und besonders Deutschland bei „Lokalkriegen" mit Atombomben von 25facher Hiroshimastärke von den Weltkarten verschwinden würden.

Dennoch haben diese Spinnereien einen nüchternen Kern. Und dieser ist die „theoretische" Untermauerung der Ausrüstung der NATO-Länder mit Kernwaffen, was natürlich zu einer Verschärfung der Kriegsgefahr führen würde. Herr Dulles, der mit der Parole ins Amt zog, der Kommunismus müsse „zurückgeworfen" werden, der dann die Politik der „massiven Vergeltung" nur „einen Fußbreit vom Abgrund" praktizierte, hat erleben müssen, wie die Sowjetunion seit 1952 militärisch erstarkte, statt zermürbt zu werden. Jetzt haben die Interkontinentalwaffe und der Sputnik die Grundlagen der Vergeltungsstrategie weggespült. Wie sehr man sich gegen diese Tatsache sträuben mag, sie ist unabänderlich.

Die angekündigten verstärkten Anstrengungen der USA, die Sowjetunion einzuholen, klingen wenig überzeugend. Jedermann weiß, daß die USA auch bisher fieberhaft im Raketenbau gearbeitet haben. Alles spricht dafür, daß der technische Abstand zwischen den USA und der Sowjetunion sich künftig steigern und nicht verringern wird. Es ist kein Zufall, daß der Jesuitenpater Legay, Vorsitzender des französischen Komitees des Internationalen Geophysikalischen Jahres, der Zeitschrift „France-Observateur" erklärt hat:

> „Sicher ist, daß die sowjetische Wissenschaft eine Spitzenstellung einnimmt. Doch soll man nicht glauben, daß die französische Wissenschaft sehr stark im Hintertreffen sei. Ebensowenig kann von einer erdrückenden Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten über Europa die Rede sein. Wir sind durchaus auf der Höhe und in bestimmten Abschnitten sogar weiter. Ich komme von einer Reise aus Amerika zurück, die ich im Rahmen des Geophysikalischen Jahres gemacht habe. Ich war äußerst erstaunt, als ich feststellte, daß gewisse Laboratorien, die als Mittelpunkt der Forschung in der Welt gelten, manchmal weniger leistungsfähig als die unseren sind. Von seiten unserer amerikanischen Freunde wird unleugbar geblufft, übrigens ohne schlechte Absichten."

Dieser Bluff schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß **die kapitalistische Ordnung ihrem Wesen nach wissenschaftsfeindlich ist.** Das gilt besonders von jenem kapitalistischen Land, das die Jagd nach dem süßen Mammon ohne jene traditionelle „Belastung" betreibt, die in Europa im jahrhundertelangen Kampf der aufkommenden Bourgeoisie gegen die feudalen Gewalten der Wissenschaft Respekt und Achtung verschafft hat. Der Kapitalist „kauft sich" die Wissenschaft so wie jede andere Lohnarbeit. Und wo sie nicht Profit abwirft, ist sie für ihn müßige „Spinnerei". Herr Wilson, amerikanischer Kriegsminister und Präsident von General Motors, hat nicht nur das geflügelte Wort geprägt: „Was gut ist für General Motors, ist gut für Amerika", er hat auch verächtlich bemerkt: „Die Tätigkeit der Grundlagenforschung besteht darin, nicht zu wissen, was man tut". Solche Banausen sind es, die Stil und Ton des kapitalistischen Amerikas bestimmen.

Wer aufmerksam Hollywood-Filme angesehen hat, in denen das glattgeleckte Muskelvieh von Geheimpolizisten Gelehrte bevormundet, die entweder als harmlose Halbidioten oder als bösartige Spione konterfeit sind, der hat den Maßstab für die wahre Einstellung des Kapitals zur geistigen und wissenschaftlichen Produktion. McCarthys „Säuberung" Amerikas von selbständigen Denkens verdächtigen Wissenschaftlern ist diesem Boden entsprungen. Wie Hitlers Bierbankphilosophie Deutschland die führende Rolle in der Wissenschaft raubte, die es in den Weimarer Jahren einnahm, so haben die mit der Zweiteilung der Welt immer stärker hervortretenden reaktionären Züge im amerikanischen Leben einen verheerenden Einfluß auf die wissenschaftliche Arbeit gehabt.

Die wissenschaftliche Großtat der Entfesselung der Atomenergie ist zwar auf amerikanischem Boden vollzogen worden, aber von einem Forscherstab, der überwiegend aus Nichtamerikanern bestand, die angespornt wurden von der Ueberzeugung, ihren Beitrag zur Niederwerfung der faschistischen Barbarei zu leisten. Als Amerika aus der Atombombe ein Monopol machte, um imperialistische Weltpolizei zu spielen, und nicht einmal seinen engsten Verbündeten Einblick in die Produktions- und Forschungsresultate gewährte, kühlte der Eifer dieser Männer stark ab. „Speak softly and carry a big stick" („Sprich sanft und führe einen dicken Knüppel mit dir!") hieß es in einer verbreiteten Anzeige der USA-Firma Martin, die damit Reklame für ihren Entwicklungsauftrag einer Interkontinentalrakete machte. Man darf bezweifeln, ob Männer von der Klasse der Einstein, Nils Bohr oder Otto Hahn daran Gefallen und Ansporn finden.

Die Sowjetunion hat inmitten eines unerhört schweren und opfervollen Weges, der sie von einem der rückständigsten Länder der Welt zur modernen Industrienation führte, **der Wissenschaft eine Förderung erteilt, gegenüber der alle anderen Länder sich wie Zwerge ausnehmen.** Sie bildet jetzt mehr Wissenschaftler und Techniker aus als die ganze westliche Welt. In diesem Jahre absolvieren dreimal soviel Ingenieure die Hochschulen der Sowjetunion wie in Amerika. Die Sowjetunion hat noch nicht die Autos, Kühlschränke, Wohnungen und den Luxus, der in Amerikas kriegsverschonten Gefilden gang und gäbe ist. Aber sie hat eine Armee von hochqualifizierten Wissenschaftlern, die in einer Zeit, in der die Wissenschaft zum erstrangigen Produktionsfaktor geworden ist, der Garant der Zukunft sind. Die sozialistische Planwirtschaft gestattet eine Konzentration und Ausnutzung aller Errungenschaften und Kräfte, wie sie der Kapitalismus nicht kennt und nicht kennen kann.

Im Westen beruhigt man sich mit der Zurückgebliebenheit der sowjetischen Betriebsorganisation, und in der Tat hat die Produktivität des sowjetischen Arbeiters noch lange nicht die amerikanische Stufe erreicht. Aber man vergißt, daß der äußersten Sparsamkeit im kapitalistischen Betrieb die größte Verschwendung im Rahmen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft entspricht. Ein Angestellter in der Mitte seiner vierziger Jahre ist auf der Höhe einer lebenslangen Berufserfahrung altes Eisen, das weggeworfen wird. Das Privateigentum an Grund und Boden entzieht der Gesellschaft riesige Werte, die als Grundrente parasitäre Schichten füttern. Von Handel und Finanz sind drei Viertel überflüssig wie ein Kropf, reißen aber einen ansehnlichen Teil des Nationalproduktes an sich. Die kapitalistische Agrarpolitik ist ein Faß ohne Boden, das Monopolkapital plündert die Gesellschaft und die nichtmonopolisierten Industrien aus, deren Entwicklungsfähigkeit eingeschränkt wird. Von einer rationellen Anwendung des gesellschaftlichen Reichtums kann im Kapitalismus keine Rede sein.

Bisher hat die sowjetische Planwirtschaft, die derlei nicht kennt, auf die Arbeiter des Westens nicht die Anziehungskraft ausgeübt, die ihrer gesellschaftlichen Natur entspricht. Die niedrige Lebenshaltung in der Sowjetunion, die von der Westpropaganda als Ergebnis der Planwirtschaft hingestellt wird statt als Erbe jahrhundertelanger Rückständigkeit, schreckte ab. Aber gerade hier erweisen sich Sputnik und Interkontinentalrakete von enormer Bedeutung. Hand in Hand mit der Eroberung der technisch-wissenschaftlichen Führung wendete sich die Sowjetwirtschaft immer stärker den Konsumentenbedürfnissen zu. Diese Waffen haben den eisernen Ring gesprengt, der die Sowjetunion jahrzehntelang zwang, alle ihre Energien auf die Sicherung vor äußerer Bedrohung zu konzentrieren. In dem Maße, in dem der Westen die technische Möglichkeit verliert, der Sowjetunion den militärischen Garaus zu machen, mindert sich der Druck, der die Sowjetunion zur Stärkung ihres Rüstungspotentials auf Kosten der Lebenshaltung zwang.

Das sensationelle **Ueberbordwerfen des Fünfjahresplans** und die Direktive der Sowjetführung, bis zum 1. Juli 1958 einen neuen Plan für 1959 bis 1965 zu entwerfen, hat im Westen nur die üblichen Glossen vom „Versagen" der Pläne und vom Durcheinander in der Wirtschaftsreorganisation als Echo hervorgerufen. Uns scheint es jedoch, daß diese Maßnahmen nichts anderes bedeuten,

als den durch die sowjetische Waffentechnik jetzt möglich gewordenen beschleunigten Ausbau der Konsumgüterindustrie. Das Ueberholen der Pro-Kopf-Produktion der USA ist als direktes Ziel proklamiert worden. Die Folgen eines solchen Kurses sind für den gesamten Ostblock von größter Bedeutung. Die Demokratisierungsbewegung wird neue und kräftige Impulse erhalten. Der Sputnik hat nicht nur die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Weltlagern demonstriert, er legt nicht nur Zeugnis ab von der technisch-wissenschaftlichen Führung, die die Sowjetunion errungen hat, er ist darüber hinaus besonders bedeutsam für die weitere innere Entwicklung der Sowjetunion und des Ostblocks. Er ist der Stern einer neuen Zeit.

„Die besondere Anziehungskraft der Montanunion ist nicht allein in der Kursreserve der meisten Werte begründet, sondern auch in der hohen Rentabilität, die nach dem Kriege aus einer Anlage in diesen Papieren erzielt wurde. So beträgt, wie wir berechnet haben, der kumulative Wert von 10 000 RM — Ende 1938 beispielsweise in einem gemischten Montanengagement (Vereinigte Stahlwerke, Klöckner, Hoesch, Mannesmann) angelegt — heute ewa 46 000 DM. — Bei einer Anlage von 10 000 RM allein in Aktien der früheren Vereinigten Stahlwerke gegen Ende des letzten Vorkriegsjahres, stellt sich der Gegenwert ohne die ausgeschütteten Dividenden (rund 590 DM), jedoch einschließlich der gewährten Bezugsrechte (180 DM), vor allem wegen des besonders günstigen Umstellungsverhältnisses (1 zu 3.05) sogar auf rund 53 000 DM." („Hannoversche Presse" 22. September 1957)

Der sowjetische Erdtrabant

Ein Wunderwerk der Technik

Die „Prawda" hat am 9. Oktober in einem ausführlichen Artikel technisch-wissenschaftliche Angaben über den „Sputnik" gemacht, denen wir die wichtigsten entnehmen, damit unsere Leser sich im Durcheinander der Meldungen orientieren können.

Der Erdsatellit hat die Form einer Kugel. Er wurde im vorderen Teil der Rakete untergebracht und mit einem Schutzkegel bedeckt. Die Rakete mit dem Satelliten startete senkrecht. Kurze Zeit nach dem Start begann mit Hilfe der programmäßigen Einrichtung die Raketenachse allmählich von der senkrechten Linie abzuweichen. Am Ende des Eintritts der Rakete in die Flugbahn befand sie sich in einer Höhe von einigen hundert Kilometern und bewegte sich parallel zur Erdoberfläche mit einer Geschwindigkeit von etwa 8000 Metern in der Sekunde. Nach beendigtem Arbeiten des Raketenmotors wurde der Schutzkegel abgestoßen, der Satellit trennte sich von der Rakete und begann, sich selbständig zu bewegen.

Zur Zeit kreist der mit einer Apparatur versehene Satellit um die Erde sowie ebenfalls die Trägerrakete und der Schutzkegel. Da sich der Kegel vom Satelliten und der Satellit von der Rakete mit nur geringer Geschwindigkeit trennte, befanden sich die Rakete und der Kegel im Laufe einiger Zeit in einer verhältnismäßig geringen Entferung vom Satelliten und bewegten sich in Bahnen, die der Bahn des Satelliten nahe waren. Infolge der Differenz der Umdrehungszeiten, die sowohl durch die relative Geschwindigkeit im Moment der Abtrennung wie auch durch den unterschiedlichen Grad der Hemmung in der Erdatmosphäre hervorgerufen wurde, gingen die drei Körper später weiter auseinander, und im Verlauf der weiteren Bewegung können sie sich in dem gleichen Moment über ganz verschiedenen Punkten der Erdoberfläche befinden.

Flughöhe ändert sich periodisch

Die Bahn des Satelliten ist annähernd eine Ellipse, einer der Brennpunkte der Ellipse befindet sich im Zentrum der Erde. Die Flughöhe des Satelliten über der Erdoberfläche ist nicht beständig, sie verändert sich periodisch und erreicht ihr Maximum mit ungefähr 1000 km. Das Perigäum (ihr Tiefpunkt) liegt jetzt in der nördlichen Hemisphäre, das Apogäum (Höchstpunkt der Flugbahn) in der südlichen Hemisphäre der Erde.

Die Richtung der Flugbahnfläche im Verhältnis zu den Fixsternen bleibt fast unverändert. Da sich die Erde um ihre Achse dreht, muß sich der Satellit bei jeder folgenden Drehung über einem anderen Gebiet befinden, sich also im Verlauf einer Drehung um etwa 24 Grad Länge verlagern. Die tatsächliche Verlagerung hinsichtlich der Länge wird etwas größer sein, da die Fläche der Flugbahn infolge der Abweichung des Schwerkraftfeldes vom zentralen Feld sich langsam um die Erdachse drehen wird, und zwar der Erdumdrehung entgegengesetzt. Diese Bewegung der Flugbahnfläche ist nicht groß, sie beträgt etwa ¼ Grad Länge im Verlauf einer Umdrehung. Infolge der relativen Umdrehung der Erde und der Flugbahnfläche wird jede weitere Drehung im Vergleich zur vorhergehenden auf dem Breitengrad Moskaus ungefähr 1500 km westlicher verlaufen. Im Aequatorialraum wird die Verlagerung größer sein; sie wird etwa 2500 km betragen.

Der Neigungswinkel der Flugbahnfläche zur Fläche des Erdäquators beträgt 65 Grad. Infolgedessen verläuft die Bahn des Satelliten über jenem Teil der Erde, der ungefähr zwischen dem nördlichen und dem südlichen Polarkreis liegt. Infolge der Drehung der Erde um die eigene Achse unterscheidet sich der Neigungswinkel des Weges des Satelliten zum Aequator vom Neigungswinkel der Flugbahnfläche.

In die nördliche Hemisphäre eingetreten, überquert die Bahn den Aequator in einem Winkel von 71,05 Grad in nordöstlicher Richtung. Dann biegt die Bahn allmählich immer mehr nach Osten ab, und nachdem sie den Polarkreis berührt hat, der dem 65. Grad nördlicher Breite entspricht, biegt sie südwärts ab und überquert den Aequator in einem Winkel von 59 Grad in südöstlicher Richtung. In der südlichen Hemisphäre berührt die Bahn den Parallelkreis, der dem 65. Grad südlicher Breite entspricht, dann biegt sie nordwärts ab und tritt wieder in die nördliche Hemisphäre ein.

Flugbahn verändert sich

Mit der Zeit werden sich infolge der Hemmung des Satelliten in den oberen Atmosphärenschichten der Erde Form und Ausmaß der Bahn des Satelliten allmählich verändern. Da die Atmosphäre in großen Höhen, in denen die Bewegung des Satelliten vor sich geht, von ganz geringer Dichte ist, wird sich die Bahn zunächst sehr langsam verändern. Die Höhe des Apogäums wird sich schneller vermindern als die des Perigäums, und die Bahn wird sich immer mehr einem Kreis nähern. Beim Eintritt des Satelliten in dichtere Atmosphärenschichten wird die Hemmung des Satelliten sehr stark werden. Der Satellit wird sich erhitzen und verbrennen, ähnlich den Meteoren, die aus dem interplanetarischen Raum kommen und in der Erdatmosphäre verbrennen.

Die Dichte der oberen Erdatmosphäre ist jetzt nicht genau bekannt. Daher ist es einstweilen nicht möglich, die Dauer des Bestehens des Satelliten in der Flugbahn genau vorauszusagen. Die jetzt vorliegenden Angaben über die Dichte der oberen Atmosphäre und die Resultate der vorgenommenen Messungen der Flugbahnen veranlassen zu Behauptungen, daß der Satellit sich längere Zeit um die Erde bewegen wird.

Die Umdrehungszeit des Satelliten beträgt jetzt 96 Minuten, mit dem Sinken der Flugbahn wird sich die Umdrehungszeit verringern. Die Geschwindigkeit der Veränderung der Umdrehungszeit wird auf die Geschwindigkeit der Formveränderung der Flugbahn schließen lassen. Die genaue Messung der Umdrehungsdauer des Satelliten ist daher eine außerordentlich wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe.

Die Parameter der Flugbahn des sowjetischen künstlichen Satelliten ermöglichen, ihn in allen Erdteilen auf weite Strecken zu beobachten. Das bietet große Möglichkeiten für die Lösung verschiedener wissenschaftlicher Probleme. Man kann sagen, daß es schwieriger ist, einen Satelliten in eine solche Bahn aufzulassen, als ihn in eine der Aequatorialfläche nahen Bahn aufsteigen zu lassen. Beim Abschießen längs des Aequators ist es möglich, für die Bewegung der Rakete die Umdrehungsgeschwindigkeit der Erde um ihre Achse stärker auszunutzen.

Ein sehr wichtiger Bestandteil der Forschungen, die mit Hilfe des künstlichen Erdsatelliten durchgeführt werden, ist die Beobachtung seiner Bewegung, die Bearbeitung der Ergebnisse und die Voraussage der weiteren Bewegung des Satelliten auf Grund der erhaltenen Resultate. Der Satellit wird mit Hilfe radiotechnischer Mittel, in Observatorien auch mit optischen Instrumenten beobachtet. Neben Spezialisten mit ihren Apparaturen sind Radioamateure und Gruppen von Astronomiefreunden weitgehend hinzugezogen worden, die auf astronomischen Beobachtungsstationen mit Hilfe eigens für diesen Zweck geschaffener optischer Instrumente Beobachtungen anstellen.

Die Sendeanlagen des Satelliten

Wie bereits berichtet wurde, hat der Satellit die Form einer Kugel. Sein Durchmesser beträgt 58 Zentimeter, sein Gewicht 83,6 Kilogramm. Der hermetisch abgeschlossene Körper des Satelliten ist aus Aluminiumlegierungen hergestellt. Seine Oberfläche ist poliert und auf besondere Art bearbeitet.

Im Körper des Satelliten befindet sich die gesamte Apparatur nebst den Energiequellen, die die Apparate speisen. Vor dem Start wird der Satellit mit gasförmigem Stickstoff gefüllt.

An der Oberfläche des Körpers sind Antennen in Form von vier Achsen angebracht, die 2,4 bis 2,9 Meter lang sind. Vor dem Start des Satelliten sind die Antennenachsen an den Raketenkörper gepreßt. Nach dem Start drehen sich die Antennen in ihren Gelenken und nehmen die notwendige Stellung ein.

Bei der Bewegung über seine Bahn ist der Satellit periodisch jähen Temperaturveränderungen ausgesetzt: der Erhitzung durch Sonnenstrahlen, wenn er sich über der beleuchteten Seite der Erde befindet, der Abkühlung beim Flug im Schatten der Erde, Wärmewirkungen der Atmosphäre und so weiter. Darüber hinaus wird auch durch die Tätigkeit der Apparate im Satelliten eine gewisse Wärmemenge erzeugt. Wärmemäßig ist der künstliche Satellit ein selbständiger Himmelkörper, der im Wärmestrahlenaustausch mit dem ihn umgebenden Raum steht. Daher ist es eine grundsätzlich neue und sehr komplizierte Aufgabe, im Laufe einer längeren Zeit die normalen Temperaturbedingungen im Satelliten aufrechtzuerhalten, die für das Funktionieren seiner Apparate erforderlich sind. Beim ersten Satelliten wird die Aufrechterhaltung der nötigen Temperatur dadurch ermöglicht, daß seiner Oberfläche der entsprechende Koeffizent der Ausstrahlung und der Absorbierung der Sonnenstrahlen verliehen wurde, auch durch Regelung des Wärmewiderstandes zwischen der Hülle des Satelliten und den in ihm befindlichen Apparaten durch zwangsläufige Zirkulation des Stickstoffs innerhalb des Satelliten.

Auf dem Satelliten sind zwei Radiosender angeordnet, die ununterbrochen Signale auf der Frequenz 20,005 und 40,002 Megahertz (Wellenlänge 15 beziehungsweise 7,5 Meter) ausstrahlen. Es ist zu erwähnen, daß man auf dem in der Sowjetunion geschaffenen künstlichen Satelliten infolge seines verhältnismäßig großen Gewichts Radiosender von großer Kapazität aufstellen konnte. Das ermöglicht, die Signale des Satelliten über sehr große Entfernungen zu empfangen. Daher können sich weite Kreise von Radioamateuren in allen Erdteilen an der Beobachtung des Satelliten beteiligen. Am ersten Tag der Verfolgung des Satellitenfluges bestätigte es sich, daß ein sicherer Empfang seiner Signale mit gewöhnlichen Empfängern, wie sie von Radioamateuren benutzt werden, auf eine Entfernung von einigen tausend Kilometern möglich ist. Es wurden Fälle festgestellt, wo Signale des Satelliten aus Entfernungen bis zu 10 000 Kilometern empfangen werden konnten.

Die Funksignale des Satelliten, die die Sendeanlagen auf jeder der Frequenzen ausstrahlen, haben die Form von Telegrafenimpulsen. Der Impuls des Signals einer Frequenz wird in der Pause zwischen den Signalen der anderen Frequenz gegeben. Durchschnittlich dauert jedes Signal etwa 0,3 Sekunden. Diese Signale werden zur Beobachtung der Flugbahn des Trabanten sowie zur Lösung verschiedener wissenschaftlicher Aufgaben verwendet. Um die auf dem Satelliten vor sich gehenden Prozesse registrieren zu können, wurden empfindliche Elemente eingebaut, die die Frequenzen der Telegrafenimpulse und das Verhältnis zwischen der Dauer der Impulse und der Pausen bei einer Aenderung gewisser Parameter auf dem Trabanten entsprechend verändern. Beim Empfang werden die Funksignale zur späteren Entzifferung und Analyse registriert.

Man muß berücksichtigen, daß die Sendeanlage in einiger Zeit zu arbeiten aufhört. Das kann beispielsweise auch eintreten, wenn ein Meteorteilchen den Körper des Satelliten durchschlägt oder die Antenne beschädigt. Außerdem besitzt der Satellit einen beschränkten Stromvorrat. Sobald der Sender aufhört zu arbeiten, werden die Beobachtungen auf optischem Wege und durch Funkortungsgeräte fortgesetzt.

Erforschung der Ionosphäre

Von großer Bedeutung ist die Beobachtung der Verbreitung der Funkwellen, die der Trabant ausstrahlt. Bisher gewann man die wichtigsten Angaben über die Ionosphäre durch das Studium der Funkwellen, die von der Erde ausgesandt und in der Ionosphäre von den Bereichen unterhalb der höchsten Ionisierung der ionosphärischen Schichten zurückgeworfen werden. Heute weiß man im Grunde genommen noch nicht, in welchen Höhen die obere Grenze der Ionosphäre verläuft.

Der Start des Satelliten gibt die Möglichkeit, im Laufe einer längeren Zeit Funksignale zweier verschiedener Frequenzen aus bisher längeren Beobachtungen verschlossenen Bereichen der Ionosphäre zu empfangen, die oberhalb des Ionisationsmaximums und möglicherweise überhaupt oberhalb der Ionosphäre liegen.

Die Messung der Höhenlagen der empfangenen Signale und der Refraktionswinkel der Funkwellen verschiedener Frequenzen vermittelt Daten über das Abklingen der Radiowellen in bisher unerforschten Bereichen der Ionosphäre und einige Angaben über die Struktur dieser Bereiche.

Das Programm der wissenschaftlichen Messungen auf künstlichen Trabanten ist sehr umfangreich und umfaßt viele Zweige der Physik der oberen Schichten der Atmosphäre und des Studiums des kosmischen Raumes rund um die Erde.

Zu diesen Fragen gehören: das Studium des Zustands der Ionosphäre, ihrer chemischen Struktur, Druck- und Dichtigkeitsmessungen, magnetische Messungen, das Studium der Art der Korpuskularstrahlung der Sonne, der primären Zusammensetzung und der Variationen der kosmischen Strahlen, der Ultraviolett- und Röntgenbereiche des Sonnenspektrums sowie der elektrostatischen Felder der oberen Schichten der Atmosphäre und der Mikroteilchen. Schon der erste Satellit gibt Aufschluß über eine Reihe dieser Fragen.

Hinsichtlich des Studiums der kosmischen Strahlen sieht das Programm die Gewinnung von Angaben über die relative Menge verschiedener Kerne in der Zusammensetzung der primären kosmischen Strahlung vor.

Erster Schritt zur Eroberung des Weltraums

Ohne auf alle wissenschaftlichen Beobachtungen einzugehen, die auf Trabanten im Laufe des Internationalen Geophysikalischen Jahres vorgenommen wurden bzw. noch vorgenommen werden sollen, wollen wir nur noch die Erforschung der Meteormaterie in den oberen Schichten der Atmosphäre erwähnen. Geplant ist, das Spektrum der Massen und der Geschwindigkeiten der aus dem kosmischen Raum in die Atmosphäre gelangenden Mikroteilchen zu erhalten.

Der künstliche Satellit ist der erste Schritt zur Eroberung des Weltraums. Um zu Weltraumflügen mit Bemannung übergehen zu können, ist es notwendig, die Einflüsse der Bedingungen solcher Flüge auf lebende Organismen zu untersuchen. In erster Linie muß diese Untersuchung an Tieren erfolgen. Ebenso, wie das bei den Höhenraketen der Fall war, wird in der Sowjetunion ein Trabant mit Tieren an Bord gestartet werden, wobei detaillierte Beobachtungen ihres Verhaltens und des Ablaufs der physiologischen Prozesse durchgeführt werden.

Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß die Durchführung des vorgemerkten Programmes für wissenschaftliche Forschungen mit Hilfe künstlicher Erdsatelliten von revolutionierender Bedeutung für viele Fragen der Physik, der Geophysik und der Astrophysik sein wird.

Mit dem erfolgreichen Start des künstlichen Erdsatelliten vollziehen Wissenschaft und Technik einen neuen qualitativen Sprung, indem sie direkte Methoden wissenschaftlicher Messungen in den bisher unzugänglichen kosmischen Raum verlegen und künftigen Weltraumreisen breite Wege bahnen.

Konjunkturschwäche und Währungsspannungen

Seit dem Frühjahr hält die Stagnation der amerikanischen Wirtschaft an. Allem Zweckoptimismus zum Trotz ist es nicht gelungen, einen neuen Prosperitätsdurchbruch zu erzielen. Im Gegenteil, die Aussichten des Herbstaufschwunges sind recht düster. Die ungünstigen Tendenzen in der amerikanischen Wirtschaftslage, über die wir in ARPO Nr. 4 und 12 berichtet hatten, verschärfen sich zusehends.

Scharfer Kurseinbruch an den Börsen der USA

Am empfindlichsten hat die Börse reagiert. Es ist seit dem Sommer zu Kurseinbrüchen gekommen, die ohne Zweifel schwerwiegender sind als übliche und vorübergehende Pendelschläge. Der **Industrieaktienindex**, der im April 1956 den Rekordstand von **521** erreicht hatte, war bereits im Februar 1957 auf 466 abgesackt. Nach einer kurzen Erholung, wobei wieder die Schwelle der 521 Punkte berührt worden ist, ist es seit Mitte Juni 1957 zu einem erneuten starken Abgleiten gekommen. Mit **440** liegt der Industrieaktienindex um ein volles Fünftel unter seinem Höchststand. Aus zwei Gründen ist jedoch der gegenwärtige Rückschlag schwerwiegender.

Erstens gibt der Index nur die Werte 30 führender Gesellschaften an, aber die Aktien vieler bedeutender Gesellschaften sind gegenüber ihrem Höchststand um die Hälfte bis zwei Drittel gefallen. 26 Mrd. Dollar betragen die Kursverluste seit dem Sommer, davon allein 11 Mrd. Dollar von Mitte September bis Mitte Oktober.

Der zweite Grund, der dem diesmaligen Kurssturz größeren Nachdruck verleiht, ist sein Zeitpunkt. Der Börsenrückschlag setzte kurz vor der üblichen saisonalen Herbstbelebung ein. Mit Unbehagen registrieren Wirtschaftsbeobachter:

> „Alle großen Baissen der letzten dreißig Jahre haben kurz nach dem Tag der Arbeit, dem Labor Day, angefangen. Dieser auf den ersten Montag im September fallende Feiertag bedeutet das offizielle Ende der geschäftsstillen Sommer- und Ferienzeit und leitet in normalen Jahren das lebhaftere Herbstgeschäft ein. Wenn diese Geschäftsbelebung ausbleibt oder schwach ist, so ist das gewöhnlich ein Zeichen, daß es mit der Konjunktur nicht gut bestellt ist. Die Börsenbaissen von 1937 und 1929 wurden durch enttäuschende Herbstbelebung ausgelöst, die beide Male in der Tat einen Konjunkturrückgang anzeigten. Die Börsenbaisse von 1946 hatte zwar nichts mit der Konjunktur zu tun, aber auch sie begann sofort nach dem Labor Day. Dieser ist infolgedessen ein ‚Schwarzer Tag' in den Annalen von Wall Street."

Es ist in diesen Spalten schon oft betont worden, daß Aktienwerte sogenanntes fiktives Kapital sind, d. h. daß ihre Kurseinbußen den realen Reichtum der Gesellschaft um kein Jota verringern oder vermehren, daß sie aber andererseits für ihren Besitzer einen bestimmten Wert verkörpern und ihr Fallen ihn deshalb schwer treffen kann. Im Konjunktureinbruch, der von starkem Kreditbedarf begleitet wird — die Kreditkosten sind im Sommer durch eine neue Diskonterhöhung in den USA abermals stark gesteigert worden —, sind die Aktien und ihre Kurse ein wichtiger Bestandteil der Firmenvermögen, da sie jederzeit in Bargeld verwandelbar sind. Ein Kurssturz der Aktien verschärft die finanzielle Situation der Gesellschaften erheblich, weil deren Möglichkeit, Bargeld aufzubringen, eingeengt wird.

Die **Spekulation**, die von der Wirtschaft und von Privatpersonen in breitem Ausmaß betrieben wird, fällt auf einen gewissen Körperteil und sieht sich zum Abstoßen der Papiere genötigt, die seit 1949 (bei einem Indexstand von damals 162) ebenso phantastische wie mühelose Gewinne versprachen. Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, die feierlichen Versicherungen zu prüfen, Amerika habe aus der Riesenspekulation „gelernt", die dem Zusammenbruch 1929 vorausging. Damals wurden Aktien bis zu 80—90% ihres Kurswertes beliehen. Mit dem Geld kauften die Spekulanten neue Aktien. Als der Kurseinbruch kam, war der Bankrott da.

Nun haben die amerikanischen Zentralbanken, gewitzt durch die bösen Erfahrungen, den Börsenmaklern die Auflage gemacht, Aktien nur mit 30% ihres Kurses zu beleihen. Diese Sicherheitsmaßnahme ist ohne weiteres umgangen worden, indem zur Unterbringung neuer Aktien „eine Beleihung mit 75 % des Kurswertes erlaubt (wurde), und davon ist anscheinend viel Gebrauch gemacht worden". Ferner ist erwiesen, daß in- und ausländische Banken ihrerseits „in erheblichem Umfang" Spekulationskredite gewährt haben. Das bedeutet, daß die Börsenspekulation, dieses Toto der Reichen, ebensolche Purzelbäume schlägt wie anno 1929. Was das heißt, werden Millionen kleiner Leute erfahren, die im Vertrauen auf die allseits gepredigte Ewigkeit der Konjunktur nicht mit Kredit, sondern bar Aktien gekauft haben.

Man denke nur ja nicht, daß es sich um Lappalien handelt. Von der Größenordnung der amerikanischen Industriegiganten gibt folgendes Beispiel eine Vorstellung. General Motors, die bedeutendste Gesellschaft Amerikas, hatte 1956 einen Umsatz von 10,8 Mrd. Dollar, was gleich ist 45,5 Mrd. DM. Wenn dieser Umsatz auch bereits um rd. 2 Mrd. Dollar geringer war als im Vorjahr, so ist er dennoch um die Hälfte höher als die gesamte Ausfuhr der Bundesrepublik im gleichen Jahre, die 30,9 Mrd. DM betragen hat. Solch ein Vergleich läßt ahnen, was es bedeuten würde, wenn derartige Giganten ins Wanken geraten.

Die amerikanische Produktion stagniert

Die Börse gleicht nämlich dem Horizont, auf dem das Wetterleuchten näherrückender Stürme sichtbar wird. Im ganzen Jahre stagnierte **die industrielle Produktion.** Sie lag im Juni bei der Indexziffer 144. Schon im Dezember 1955 stand sie ebenso hoch, im Dezember 1956 auf 147, im Februar und März 1957 auf 146. Dabei geht die Zahl der Industriearbeiter und der geleisteten Ueberstunden dauernd zurück. Anders gesagt, **Rationalisierung und Automatisierung** werden spürbar. In der Textilindustrie waren 1948 1,3 Mill. Arbeiter beschäftigt, 1955 aber nur noch 982 000. Die Leistungsfähigkeit verhält sich indessen meist umgekehrt. 1940 arbeiteten beispielsweise 91 500 Personen im Strickwarenbereich und erzeugten 4,8 Mill. Paar Damenstrümpfe, 15 Jahre später waren es nur noch 50 500 Arbeiter und Arbeiterinnen, die jedoch 47,3 Mill. Paar herstellten. In fast allen Industriezweigen ist die Tendenz ähnlich. Es waren Personen beschäftigt in

	1948	1955
Oelverarbeitung	147 000	132 000
Gummiindustrie	95 600	90 200
Sägewerke	443 000	363 400
Großbäckereien	190 200	172 100

Man kann sich ein Bild von den ungeheuer gesteigerten Produktionsmöglichkeiten machen, wenn man die außerordentliche Geschwindigkeit beachtet, mit der der amerikanische Markt der sogenannten **Dauergüter** gesättigt worden ist. So hatten schon 1956 nicht weniger als 81% aller Haushalte Fernsehgeräte und 96% Eisschränke. Die entsprechenden Industrien spüren die Sättigung rasch. 1950 wurden 6,2 Mill. elektrische Eisschränke, 1956 nur noch 3,7 Mill. Stück verkauft. Die Produzenten gehen ein wie die Primeln, sie liquidieren oder werden Großkonzernen angegliedert. Vor 8 Jahren gab es 47 Waschmaschinenfirmen, wovon nur 15 übriggeblieben sind und von diesen arbeiten 6 als Unterabteilungen großer Konzerne. Die Zahl der Fernsehapparate-Hersteller fiel von 101 auf 32. Dabei soll nicht vergessen werden, daß die Haushaltsgeräte mittels riesiger Konsumentenkredite in die Bevölkerung hineingepumpt werden.

Der **Automobil**markt, ein anderer entscheidender Konjunkturfaktor, liegt weiter darnieder. Die 8 Mill. verkauften Wagen des Jahres 1955 sind eine schöne Erinnerung geblieben. 1956 wurden 5,8 Mill. Autos an den Mann gebracht. Alle optimistischen Voraussagen für 1957 waren in den Wind geredet. Im 1. Halbjahr 1957 lag zwar die Produktion um 6% über der von 1956, der Verkauf jedoch um 2% darunter. Bei der Bilanz der Händlerbestände am 1. September zählte man 850 000 unverkaufte

Autos, die auf den Markt drücken. Die Händler bieten sie zu drei Viertel ihres Verkaufspreises an, jedoch ohne Abnehmer zu finden.

War die Automobilindustrie die erste, die die Flaute zu spüren bekam, so hat sie sich als Barometer bewährt, da heute ein ähnliches Bild in den meisten Industriezweigen zu beobachten ist. Fast überall sind die Produktionskapazitäten größer als die Absatzmöglichkeiten und die Lager füllen sich zusehends. Als Beispiel sei die **Schwerchemie** erwähnt, denn sie ist eine sogenannte Wachstumsindustrie, deren Aussichten man für unantastbar hielt. Der Bedarf an Chemikalien ist im Zuge des amerikanischen Wirtschaftsaufschwunges ständig und stark gestiegen. In den vergangenen 15 Jahren stieg der Umsatz mancher Chemiebetriebe um 40% im Jahresdurchschnitt! In vielen Fällen wurden Gewinne in der Höhe von 20% des Umsatzes eingestrichen, und noch mehr! Eine unglaubliche Gewinnrate, die erlaubte, eine Amortisierung ganzer Werke in 3 bis 5 Jahren als keine besondere Ausnahme anzusehen. Mit der einem solchen Goldregen entsprechenden Energie wurde der Ausbau der Großchemie voangepeitscht, ohne die düsteren Konjunkturzeichen des Jahres 1956 zu beachten. Allein innerhalb des 1. Vierteljahres 1957 mußten die Lager um 14% erhöht werden, und die Preise gaben nach. Dennoch wächst die Produktionskapazität gegenüber 1956 um weitere 9%, da die begonnenen Neuanlagen fertiggestellt werden.

Dies ist ein krasses, aber auch ein typisches Beispiel der gegenwärtigen Tendenzen in der Wirtschaftsentwicklung der USA. Worin sich jedoch die Chemie von anderen Industriezweigen unterscheidet, ist ihr vorläufiges Beharren auf der Fortsetzung des Ausbauprogramms. Denn der die Beobachter am meisten beunruhigende Aspekt der amerikanischen Wirtschaft ist **das deutliche Nachlassen der Investitionen**, die der Hebel der Hochkonjunktur waren, welche den zweiten Nachkriegsrückschlag von 1953/54 ablöste. Ausnahmslos alle Berichte aus den USA weisen auf ein Absinken der industriellen Neuanlagen hin. Die Aufträge an den Maschinenbau sind nur halb so hoch wie ein Jahr zuvor. So brachte die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" am 18. September einen Bericht über eine Untersuchung „der geplanten Kapitalaufwendungen von 1000 der größten Produktionsunternehmen in den USA". Ergebnis: Im 2. Vierteljahr 1957 ist ein Rückgang der Investitionsvorhaben um 29% gegen den gleichen Vorjahreszeitraum festzustellen. Und dabei vergesse man nicht, daß der scharfe Börsenrückschlag erst anfangs des 3. Quartals einsetzte, also in obiger Untersuchung noch gar nicht zum Vorschein kommen kann. Am 12. Oktober schrieb die gleiche Zeitung über die „nachlassende Investitionslust in den USA": „Der Rückschlag setzte zuerst bei Beginn dieses Jahres in den Handelsbetrieben und in einigen Zweigen der Schwerindustrie ein. Er hat aber im 3. Vierteljahr alle Gewerbe ergriffen."

Monopolkapitalistische Preistreiberei

Zu diesem Bilde gehört die halsabschneiderische Preispolitik des Monopolkapitals, dessen Unverschämtheit allenthalben Anstoß erregt hat. Die Stahlpreise sind anfangs Juni um 4% erhöht worden, obwohl die Kapazitäten der Werke nur zu 80% ausgelastet waren. Es folgten die Preise für Autoreifen, Zement, Eisenbahntarife und ähnlichem mehr. Der Großhandelsindex und der der Lebenshaltung sind gestiegen. Der Spektakel Eisenhowers um diese Stahlpreiserhöhung war ebenso wirksam wie der Erhards um die westdeutschen Kohlenpreise. Die Erbitterung über die Preistreiberei ist so groß, daß sich selbst bürgerliche Wirtschaftsbeobachter, die ansonsten mit der famosen Lohn-Preis-Spirale hausieren gehen, zu **einem offenen Wort** entschließen. So berichtete der New Yorker Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen" am 27. August:

> „Der Preisauftrieb vollzieht sich vornehmlich in denjenigen Industrien, die durch unvollkommene Konkurrenz gekennzeichnet sind. Man spricht hier viel von den sogenannten ‚administered' (verwalteten) Preisen, die, wie in der Eisen- und Aluminiumindustrie, von einer verhältnismäßig kleinen Anzahl von Produzenten festgesetzt werden und die sich nicht, wie auf anderen Gebieten, in einem wirklichen Markt bilden. Ein Kongreßausschuß untersucht gerade diese Frage, die natürlich nicht neu ist. Diese Industrien sind in der Lage, Lohnsteigerungen völlig auf die Abnehmer abzuwälzen, während andere Industrien sie infolge scharfen Wettbewerbs selbst auffangen müssen. So stand der Großhandelsindex der Eisenpreise zuletzt auf 165% der Ausgangsjahre 1947/49, während der Index der Textilpreise auf 95% stand. Die Kehrseite ist ein Druck auf die Gewinnspanne, der die Gewinne der meisten Textilgesellschaften auf einen Bruchteil der vor einigen Jahren erzielten gesenkt hat, während gleichzeitig die Stahlindustrie Rekordgewinne erzielt. Wahrscheinlich ist diese Diskrepanz zwischen der Bedrängnis konkurrenzempfindlicher Instrien und der Prosperität monopolistischer Industrien ungesund und gefährlich, aber einstweilen sind kaum Anzeichen einer Umkehr zu sehen. Die Zusammenhänge sind klar, aber Washington kann oder will nichts Ernsthaftes unternehmen, um die Kette zu brechen, obwohl die Nachteile für die Allgemeinheit immer deutlicher werden."

Die ansonsten verfemte marxistische Wahrheit bricht sich in diesen Zeilen ebenso Bahn wie die Heuchelei von der Lohn-Preis-Spirale. Einerseits wird hier klar konstatiert, daß monopolistische Industrien ein Preisdiktat ausüben können und ausüben, was bewiesen wird durch einen um 65% höheren Stahlpreis als 1947/49, während der Gesamtindex der Großhandelspreise nur um 17% gestiegen ist; andererseits wird von der Fähigkeit des Monopolkapitals gesprochen, Lohnerhöhungen „völlig auf die Abnehmer abzuwälzen". Nur Lohnerhöhungen (was dann eben die berühmte Lohn-Preis-Spirale darstelle)? Schreibt die „Frankfurter Allgemeine" nicht ein paar Zeilen später auch von „Rekordgewinnen"? Und werden diese Rekordgewinne nicht auch „völlig auf die Abnehmer abgewälzt"?

Den **wirklichen Zusammenhang** beweisen die Zahlen, die die Stahlindustrie der USA selbst vorbrachte. Der Preisaufschlag von 4% sei nämlich durch eine Erhöhung der Lohnkosten von 6% nötig geworden. Da der Lohnanteil am Stahlpreis noch keine 20% erreicht, wäre die Auswirkung einer 6%igen Lohnerhöhung auf den Stahlpreis ohne Profitschmälerung allerhöchstens 1,2%. Die restlichen 2,8% — und das sind Beträge, die in die hunderte Millionen Dollar gehen — werden von den Stahlbaronen als Ueberprofit eingesteckt. Die Lohnerhöhungen sind also nur der Vorwand für die Ausplünderung, denn sie sind immer nur ein Bruchteil dessen, was der wirkliche Preisaufschlag einbringt. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil die Dinge in der Bundesrepublik nicht anders liegen.

Gleichzeitig sind jedoch bereits **die wichtigsten Buntmetallmärkte von verheerenden Preisstürzen heimgesucht.** Zinn, Zink, Blei sind sehr stark im Preis gefallen, Kupfer gleich um die Hälfte. Nickel und Aluminium werden reichlich angeboten. Dem lange schon darniederliegenden Agrarmarkt gesellen sich seit Sommer die Nichteisenmetalle hinzu, die von der Erfüllung des Vorratsprogramms der Regierung betroffen sind. Diese Entwicklung der Rohstoffmärkte ist deshalb so wichtig, weil sie über Amerika hinaus deutliche weltwirtschaftliche Folgen hat.

Die Rohstoffpreise sind nämlich auf allen internationalen Plätzen mit wenigen Ausnahmen stark gesunken, im Agrarsektor seit dem Koreakrieg, im Metallsektor seit Frühjahr 1957. Da die Auswirkung auf die Fertigwaren der großen Industrieländer bisher praktisch gleich null war und deren Preise weiter anziehen, klafft **eine Schere auf, die für die Rohstoffländer sinkende Einkünfte bei gleichzeitiger Verteuerung ihrer Fertigwarenimporte bedeutet.** Die gleiche Entwicklung war bereits in den zwanziger Jahren zu beobachten, als sie ein wichtiges Element der Weltwirtschaftskrise bildete. Die Rohstoffländer müssen ihre Einfuhren drosseln, was die Konkurrenz der Industriestaaten verschärft, die ihrerseits handelspolitische Beschränkungen ins Auge fassen müssen. Bereits heute spielt sich die Zunahme der Welthandelsumsätze vorwiegend zwischen den Industrieländern ab, während deren Austausch mit den Rohstoffländern stagniert, zuweilen sogar kleiner wird. Auch das rapide Sinken der Tarife der Schiffsfrachten drückt das gleiche aus. Für exportabhängige Staaten, wie Großbritannien oder die Bundesrepublik sind das schlechte Vorzeichen.

(Fortsetzung folgt.)

Das polnisch-jugoslawische Treffen:

Gomulka in Belgrad

Wenn sich die bürgerliche Welt der Hoffnung hingegeben haben sollte, der Besuch Gomulkas in Jugoslawien bedeute den Anfang eines Bündnisses zwischen den beiden Staaten mit der Spitze gegen die Sowjetunion, so sah sie sich in dieser Beziehung arg enttäuscht. Dennoch hatte der Besuch eine hochpolitische Bedeutung, freilich in einem ganz anderen Sinne.

Es war der erste Schritt der Annäherung zwischen zwei Staaten des sozialistischen Lagers, oder wie Tito sich besser ausdrückt, der sozialistischen Welt, von denen der eine sich schon vor einer Reihe von Jahren vom Gängelband stalinistischer Bevormundung losgerissen hat, während der andere erst ein Jahr lang Zeit gehabt hat, selbständige Gehversuche in dieser Richtung zu machen. Diese Selbständigkeit ist das Gemeinsame zwischen den beiden Staaten, die auf dem Wege zum Sozialismus sind. Aber es ist auch das einzige Gemeinsame.

Es kann keine Rede davon sein, daß Polen sich etwa zum sogenannten „Titoismus", als einer angeblich höheren Form des Kommunismus, entwickeln müsse oder danach hinstrebe. Ihn zu übernehmen, würde ebenso falsch sein wie seinerzeit die Aufzwingung der stalinistischen Methoden außerhalb der Sowjetunion. Der „Titoismus" ist überhaupt von Anfang an nichts anderes gewesen als das Gehirnprodukt geistig armseliger Stalinisten, die bekanntlich meistens nur in Schimpfworten einfallsreich sind.

Was in Jugoslawien seit dem Jahre 1948 vor sich geht, ist die Anwendung sozialistischer Grundsätze, des „Marxismus-Leninismus", auf die besonderen Verhältnisse des Landes, aber auch nicht mehr. Die Anwendung dieser Prinzipien auf Parteien, die noch nicht an der Macht sind, hat schon der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1921 unter der Führung von Lenin den kommunistischen Parteien außerhalb Sowjetrußlands bei ihrem Kampf um die Macht zur Aufgabe gestellt. Das ist in der Periode Stalins vollständig „vergessen" worden. Doch die Geschichte holt dergleichen „Vergeßlichkeiten" unbarmherzig nach, wenn auch heute unter anderen Voraussetzungen und bei Parteien, die bereits an der Macht sind. Das ist der Prozeß, in dem wir uns heute befinden. Damit ist zugleich der Begriff des „Nationalkommunismus" abgetan, ein Begriff, den die bürgerliche Vorstellungswelt geprägt hat, um aus dem Gegensatz zu den Stalinmethoden einen Gegensatz sozialistischer Länder überhaupt zu machen. Ein nationaler Kommunismus wäre ein Widerspruch in sich selbst, er ist als Gegensatz gegen den internationalen Kommunismus ebenso unmöglich wie auf der Gegenseite eine internationale bürgerliche Gesellschaftsordnung anstelle der tatsächlich vorhandenen nationalen Gesellschaftsordnungen, in welche die kapitalistische Welt zerfällt.

Der Besuch der Polen diente in erster Linie zur gegenseitigen Orientierung über die Erfahrungen auf den neuen Wegen, die man eingeschlagen hat. Das geht aus der Berichterstattung deutlich hervor. Wahrscheinlich gab es auch einen Meinungsaustausch über die Beseitigung der restlichen Einflüsse des Stalinismus, der in Polen bekanntlich immer noch schwelt, über die Unterstützung der Politik Chruschtschows innerhalb und außerhalb der Sowjetunion und vermutlich auch um die Bekämpfung der Tendenzen, die sowohl in Jugoslawien wie in Polen bewußt und unbewußt auf eine Aufgabe des Wegs zum Sozialismus hinarbeiten. Wir haben hier den Fall Djilas und die jüngsten Studentenunruhen in Warschau im Auge.

Den meisten Wirbel haben der Trinkspruch Titos und die gemeinsame Schlußerklärung über die Oder-Neiße-Linie erregt. Bonn fühlt sich natürlich besonders davon betroffen. Umsomehr als Tito die „Warnung" nach seinem Trinkspruch in den Wind schlug. Diese „Warnung" ist überhaupt ein Kapitel für sich. Sie zeigt den Größenwahn der Bonner Größen, die anscheinend das Bundeshaus am Rhein für gleichwertig mit dem Weißen Haus in Washington und dem Kreml in Moskau halten. Doch die Bonner „Befremdung" kann man in diesem Zusammenhang beiseite lassen.

Die Frage der Oder-Neiße-Linie hat jedoch eine tiefere Bedeutung und darf nicht als eine bedeutungslose Geste Titos hingestellt werden. Nach seiner Rückkehr nach Warschau hat Gomulka erklärt, die Oder-Neiße-Grenze sei für Polen eine Lebensfrage. Das ist ihm ohne weiteres zu glauben. Der Aufbau eines sozialistischen Polen — nach der zehnjährigen Mißwirtschaft des Stalinismus an und für sich schon eine schier unlösliche Aufgabe — würde sicherlich ohne die neugewonnenen Westgebiete außerordentlich verzögert werden. Für einen Sozialisten kann deshalb keine Rede davon sein, die alten Grenzen ohne weiteres wiederherzustellen. Aber die bloße Garantieerklärung, wie sie z. B. die Stalinisten in Berlin immer wieder voll verdächtigen Eifers abgeben, ist auch keine Lösung. Diese Frage wird erst gelöst werden können von einem sozialistischen Gesamtdeutschland, das mit dem sozialistischen Polen auf wirtschaftlichem Gebiet eng zusammenarbeitet. Denn zu einem sozialistischen Aufbau gehört auch das notwendige Menschenpotential.

Die Garantieerklärung Titos hat heute eine andere Bedeutung.Sie kann nicht als eine Erklärung des kalten Krieges zwischen Jugoslawien und Bonn aufgefaßt werden. Sie dokumentiert vielmehr die Einigkeit der sozialistischen Welt gegenüber der bürgerlichen, die Einigkeit Jugoslawiens mit den Ostblockstaaten und darüber hinaus mit der Sowjetunion und dem sozialistischen Lager. Es bestätigt sich hier in einem Einzelfall, was wir immer betont haben, nämlich, daß die (selbst teilweise) Entstalinisierung letzten Endes nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer Stärkung des Sozialismus in der Welt führt. Nicht nur diese gemeinsame Erklärung, sondern vielmehr die Tatsache der polnisch-jugoslawischen Zusammenarbeit überhaupt ist ein Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Darin liegt die Hauptbedeutung des Besuchs der Polen in Belgrad.

Eine seltsame Geschichte

Augustin war nicht zu Hause.

„Er leitet heute die Versammlung", erklärte jemand dem Landbriefträger Josif, „warte auf ihn!"

Josif wollte aber nicht warten. Er ging ins Kulturhaus. Dort, im festlich geschmückten Saal, tagte die neunte Versammlung zur verlustlosen Einbringung der Ernte. Es waren nicht viele Einwohner gekommen. Die meisten hinderte wohl die Erntearbeit an der Teilnahme.

In diesem Augenblick begann der Versammlungsleiter mit den Eröffnungsformeln. Josif setzte sich neben einen der Bauern und überlegte, daß es wohl jetzt nicht angebracht wäre, den Vorsitzenden zu unterbrechen. „Wenn er aufhört, gehst du hin", sagte er sich.

Nach der Begrüßungsansprache nahm der Redner eine Liste vom Tisch und verlas die Vorschläge für das Präsidium.

„Es gehört sich nicht, daß du jetzt störst", murmelte sich Josif in den Bart.

„Ich bitte die vorgelesenen Einwohner, am Präsidiumstisch Platz zu nehmen", verkündete der Redner.

Einer nach dem anderen erhoben sie sich von den Stühlen und stiegen, ihre Kleider zurechtrückend, aufs Podium. Und als der letzte so Geehrte am Ende des Tisches saß, als das Knarren der Stühle aufhörte, lief es Josif kalt über den Rücken: Er war allein, allein umgeben von leeren Stühlen.

Sechzehn Augenpaare sahen ihn feierlich an.

„Jetzt mußt du hingehen!" befahl er sich; aber seine Beine gehorchten nicht.

Der Vorsitzende ordnete gerade die Blätter seines Referats, und die sechzehnmal zwei Augen starrten unausgesetzt den Landbriefträger an; wohin sollten sie auch sonst sehen.

„Ich muß aufstehen", dachte Josif, „es dunkelt schon. Meine Alte kann das Futter nicht allein schneiden, und ich, ich schlage hier die Zeit tot. Doch er blieb sitzen, denn der Vorsitzende begann nun mit seinen Ausführungen:

„Einwohner und Genossen!

Unsere Gemeinde liefert die große Schlacht um die Einbringung der Ernte. Alle müssen mitkämpfen, Genossen!" rief er und blickte auf Josif.

Dieser nickte zustimmend und überdachte resigniert seine Lage. Der Redner gab einen kurzen Ueberblick über die internationalen Ereignisse, dann verneigte er sich und setzte sich.

Josif wollte gewohnheitsgemäß applaudieren, jedoch er rieb nur seine Hände nervös an den Hosenbeinen. Er schämte sich, allein Lärm zu machen.

Auf der Tribüne erschien jetzt ein anderer Redner: ein junger, energischer Mann.

„Wir müssen die ersten im Bezirk sein", betonte er mit Nachdruck. „Und es soll sich nicht etwa wieder diese Geschichte mit den Rückständen wie in den vergangenen Jahren wiederholen. Alle jene", schrie er und zeigte auf Josif, „die glauben, bummeln zu können, irren sich gewaltig!"

Josif spürte kalte Schweißperlen auf der Stirn. Der nächste Redner beschäftigte sich hauptsächlich mit der Milchfrage. „In Verbindung mit dem Vorhergesagten", dozierte er, „möchte ich betonen, daß ihr durch die Herabminderung des Fettgehaltes der Milch eure eigenen Kinder schädigt. Denn wer konsumiert in der Stadt die Milch? Eure Kinder sind es, die dort zur Schule gehen oder arbeiten."

„Diese Worte galten nicht mir", freute sich Josif. Er hatte keine Kinder, und noch weniger hatte er es mit der Milch zu tun.

Der Referent aber wurde lauter: „Ihr tragt die Schuld!" schrie er. „Ja, ihr! Wegen solchen Quertreibereien sind wir mit den Lieferungen an den Staat zurückgeblieben."

Nacheinander sprachen auch noch die übrigen Mitglieder des Präsidiums. Sie ermahnten Josef zu dreschen, zu pflügen, zu drillen; sie erinnerten ihn an seine Verpflichtungen gegenüber dem Staat; sie drohten, schimpften und wiesen ihm alle möglichen Vergehen und vorsätzlichen Sündenfälle nach.

In spätnächtlicher Stunde schlich der Landbriefträger zu seiner Behausung.

„Zum Teufel, Alter, wo hast du dich herumgetrieben?" tobte seine Frau.

„Ich war zur Sitzung!"

„Bist ein leichtfertiger Kerl!" maulte sie. „Das Futter ist nicht geschnitten. Morgen müssen wir aufs Feld, und du, du vertrödelst deine Zeit auf Sitzungen. Wär's denn nicht auch ohne dich gegangen?"

„Nein, ohne mich wäre es nicht gegangen, Frau", antwortete Josif mit ehrlicher Ueberzeugung.

Joana Wilinska, Rumänien.

Die bayrische Koalition auseinandergefallen

Der „Verrat" von München

Der ganz besonders hohe Wahlsieg der CSU in Bayern am 15. September hat bei den zusammengehauenen Kleinparteien eine wahre Panikstimmung ausgelöst. Vor allem bei den bajuwarischen Prachtgestalten der Bayernpartei, sie waren durch den Wahlausgang wie vor den Kopf geschlagen. Plötzlich fanden sie, daß die Verbindung mit der SPD mit ihrem konservativen Urwesen unvereinbar sei. Darin mögen sie vielleicht garnicht so unrecht haben. Als Rettung vor der Gefahr des Untergangs sahen sie nun auf einmal die Fata Morgana der möglichst engen Verbindung mit der — CSU!

Mit derselben CSU, die sie bis gestern noch unaufhörlich des bayrischen Landesverrats angeklagt haben. Ungleich ihrem großen Vorbild, dem Schmied von Kochel, den sie in ihrer Bierseligkeit so oft voll begeisterten Ueberschwanges besungen haben, weil er lieber bayrisch sterben, als sich ergeben wollte, und der auch tatsächlich bayrisch gestorben ist, beschlossen sie lieber weiterzuleben in der mystischen Hoffnung, ob solcher Großtat im nächsten Jahr von den Wählern reichlich belohnt zu werden. Obgleich die CSU, um sie auf die Bahn des Verderbens zu locken, zuerst durchblicken ließ, daß sie die reuigen Sünder voll christlicher Nächstenliebe an ihren Busen drücken und für ihren Heimgang mit einem zusätzlichen Staatssekretärsposten belohnen werde, war verschiedenen ihrer Mannen, mit Baumgartner an der Spitze, nicht besonders wohl zumute. So redeten sie mit ihren bisherigen Koalitionsgenossen mit doppelter Zunge. Baumgartner versicherte treuherzig immer wieder, daß alles in Ordnung sei, während der Flügel der Landräte, denen der Gedanke an die nächsten Landratswahlen den Angstschweiß ins Gesicht trieb, vor der CSU auf den Knien lag. Einer, namens Schweiger, trat sogar über Nacht aus der Bayernpartei aus.

Neben der Bayernpartei hat die SPD erheblich an Renommee eingebüßt. Sie konnte es zunächst garnicht fassen, daß ihre Koalition ins Laufen gekommen war. Sie hatte sich doch so behaglich gefühlt mit den Dreien. Man war zwar seinerzeit ausgezogen, um Bayern, dem Land der kulturellen Finsternis, endlich das Licht der Erleuchtung zu bringen. Aber das war nur ein guter Vorsatz gewesen. Die Realpolitiker vom Schlage der Högner und Knöringen hatten dann einen Pflock nach dem anderen zurückgesteckt, fast bis auf das Niveau der Bierbankpolitik der Bayernpartei. Trotz aller gegenteiligen Erfahrungen hatte man die fragwürdigen Partner so hoch eingeschätzt, daß man ihnen fest vertraute. Nach dem Kinnhaken vom 15. September geriet aber gerade der anscheinend wütendste Gegner der CSU, die Bayernpartei, zuerst ins Wanken.

Doch Högner erklärte, daß er nicht kampflos vom Schlachtfeld weichen werde und diese Schlacht sollte in offener Landtagssitzung geschlagen werden, um die schwankende Bayernpartei zu mannhaftem Entschluß zu zwingen. Soweit, so gut. Da aber ertönte plötzlich ein Donnerschlag aus der Kulisse des Regierungstheaters in München. Am 8. Oktober erklärte der BHE überraschend seinen Austritt aus der bayrischen Regierung. Dieser Schritt war zugleich mit einem Fußtritt gegen die sowieso schon vom Schicksal hart verfolgte Koalitionsgenossin, die Bayernpartei, begleitet. Sie sei unzuverlässig, hieß es, und der BHE werde sich an keiner Koalition mehr beteiligen, an der sie beteiligt sei. Bis sie sich durch die Abstoßung ihres angeblich „liberalen" Flügels geläutert habe. Das war zugleich die Anbiederung an die CSU.

In der Sitzung des Koalitionsausschusses, in der der BHE diesen Entschluß bekanntgab, sprach der Ministerpräsident Högner bittere Worte über den Verrat der Koalitionsgenossen. Man habe hinter seinem Rücken mit der CSU Verhandlungen geführt und ihn belogen und betrogen. „Doch die Blume Männertreu suchte ich vergebens . . .", heißt es in einem der sentimentalen bayrischen Volkslieder . . .

Der nächste Schlag war noch heimtückischer. Am gleichen Abend faßte auch die Bayernpartei nach dem wohlverdienten Fußtritt den Entschluß, aus der Regierung auszutreten. Noch am späten Abend wurde mit echt bayrischer Grobheit die Hiobsbotschaft der Frau des Ministerpräsidenten in ihrem Landhaus über den Zaun gereicht. Als der Gatte nachhause kam, fiel er aus allen Himmeln. Noch vor ein paar Wochen war er zu seinem 70. Geburtstag als „Landesvater" von allen Seiten mit Geschenken geehrt worden, und nun spielte man ihm zu allem Kummer zusätzlich noch einen solchen Streich! Noch in der Nacht gab er am Telefon den Rücktritt der Regierung bekannt.

Am nächsten Tag beauftragte der Aeltestenrat des bayrischen Landtags den CSU-Vorsitzenden Seidel mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Die CSU konnte sich als Siegerin auf der ganzen Linie betrachten. Alle machten nun vor ihr Kotau. Die Bayernpartei, deren Chef Baumgartner ihr noch vor kurzem zugerufen hatte, zwei Dinge würden ihm immer unergründlich bleiben, die Allmacht Gottes und die Dummheit der Wähler, die der CSU noch etwas glaubten. Anscheinend hatte er dabei nicht bedacht, daß nach dem Ausspruch des alten Fritz der liebe Gott immer mit den stärkeren Bataillonen ist.

Der BHE, der der CSU half, durch seine Erklärung die Bayernpartei ganz auf die Knie zu zwingen. Die SPD, die sich nicht schämte, mit der CSU noch Verhandlungen in der Hoffnung zu führen, sie werde Hand in Hand mit ihr über das Gewürm der unzuverlässigen Kleinparteien hinweggehen. Und zuletzt noch die FDP, die angebliche

Vorkämpferin für den Fortschritt gegenüber den finsteren Römlingen der CSU, der dafür schließlich auch noch die Gnade zuteil wurde, zusammen mit dem BHE als Satellit der CSU die Regierungsbank zieren zu dürfen. Die Bayernpartei jedoch wurde als nicht genügend bußfertig in die Wüste der „Opposition" gestoßen, bis daß sie durch die Ausstoßung ihrer liberalen, gottesleugnerischen Elemente zusätzlich Buße tue vor allem Volk.

Den Verfechtern der „reinen" Demokratie ist bei diesem Lustspiel, das auf der Bühne des Münchner Regierungstheaters vor sich ging, nicht wohl zumute. Hat es doch vor aller Welt gezeigt, was der wahre Gehalt des bürgerlichen Parlamentarismus ist: Die ungehemmte Gier nach Posten und Pöstchen, nach Mandaten, nach Regierungssesseln, wobei alle Begriffe von Ehre, Treue, Idealismus, Manneswort und einfachem Anstand, die gegenüber dem schnöden Streben des materialistischen Marxismus in der bürgerlichen Welt eine so erhabene Rolle spielen sollen, rücksichtslos mit Füßen getreten werden. Je höher die angeblichen Ideale sind, die immer mit Inbrunst deklamiert werden, desto tiefer werden sie bei solchen Gelegenheiten in den Kot gezogen. „Wir Wilde sind doch bessere Menschen", kann man dazu in aller Bescheidenheit sagen . . .

Einige Bemerkungen zur Organisation der Angestellten

Der Kongreß der DAG

Vom 6.—11. Oktober hat in München der 6. Gewerkschaftstag der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) stattgefunden. Die DAG hat denjenigen Teil der Angestelltenschaft erfaßt, der den Weg zur organisatorischen Einheit mit den Arbeitern in den Industriegewerkschaften nicht gefunden hat. Sie zählt jetzt rund 440 000 Mitglieder, gegenüber 665 000 Angestellten in den Verbänden des DGB.

In der DAG hat sich eine sehr gemischte Gesellschaft zusammengefunden. Der politische Standort der führenden Leute erstreckt sich von der SPD bis rechts von Adenauer. In Großstädten, wie in Hamburg, München usw., deckt sich ihre Ideologie mit der des DGB, mit Ausnahme des Organisationsprinzips natürlich. In Kleinstädten haben oft ausgepichte Reaktionäre die Führung. Die offizielle Ideologie schwankt infolgedessen zwischen „Arbeitnehmerbewußtsein" und „Standesbewußtsein" des angeblichen „neuen Mittelstandes". Dementsprechend ist auch die Praxis. Die Organisation hat große und hartnäckige Streiks geführt wie den Kampf um den frühen Sonnabendladenschluß in München; anderenorts hat sie sich als reine Streikbrecherorganisation betätigt.

Die offiziellen Referate und der Verlauf der Tagungen waren in mancher Hinsicht bemerkenswert. In der Eröffnungsansprache wurden die Angestellten als die Träger der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Volkes proklamiert, eine sicher ziemlich übertriebene Auffassung vom Wert der Angestelltenarbeit. Im Bericht wurde betont, daß die Einkommensverhältnisse der Angestellten sehr zu wünschen übrig ließen. Mit den Aufstiegsmöglichkeiten stehe es schlecht.

Recht kritisch äußerte sich der Jugendleiter Blechschmidt. Er forderte eine größere politische Aktivität des Verbandes, das Zeitalter der Gewerkschaften als bloße Tarifkontrahenten sei vorüber. Ueberholte Berufsprivilegien müßten ausgeräumt werden. Ein anderes Vorstandsmitglied forderte, daß die Unternehmer das soziale Risiko der Automatisierung tragen müßten.

Zu erregten Zusammenstößen kam es bei dem Antrag des Hauptvorstandes auf Erhöhung der Beiträge. Die DAG erhebt im Gegensatz zum Beamtenbund, der den billigen Jakob spielt, dieselben Beiträge wie die Arbeitergewerkschaften. Der Jugendleiter sprach sich gegen die Erhöhung aus, er meinte, man könne die Finanzierung der DAG auch durch Rationalisierung des Verwaltungsapparats ausgleichen. Damit hatte er in ein Wespennest gestochen, er wurde deshalb als schwarzes Schaf in einer Sondersitzung des Hauptvorstandes herb getadelt.

Zu langen und heftigen Debatten kam es weiterhin über einen Hamburger Antrag, der Hauptvorstand solle, „trotz vergeblicher Versuche", nach wie vor bemüht sein, zu einer Aktionsgemeinschaft mit dem DGB zu kommen; die großen gewerkschaftlichen Aufgaben wie die Einführung der 40-Stundenwoche, könnten nur gemeinsam gelöst werden. Es ist bemerkenswert, daß ein Antrag von solcher Selbstverständlichkeit mit nur 84 gegen 64 Stimmen angenommen wurde! Bei der Wahl des 1. Vorsitzenden wurde Fritz Rettig, dem der Vorwurf gemacht wurde, daß er bisher „zu weich" gewesen sei, mit 253 gegen 61 Stimmen bei 11 Enthaltungen wiedergewählt. Eine richtige Wertung des Kongresses ist nur möglich, wenn man sich die Geschichte der Angestelltenbewegung in Deutschland vor Augen führt. Vor 1914 waren die freigewerkschaftlich orientierten Angestelltenorganisationen eine kleine Minderheit. Das Feld beherrschten die bürgerlichen Verbände verschiedener Schattierungen, die die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigten und auch praktizierten. Sie zählten auch Unternehmer zu ihren Mitgliedern. Sie waren gar keine Gewerkschaften, sondern nur „Standesvereine", die sich den „Aufstieg" der Angestellten zur „Selbständigkeit" zum Ziel setzten.

Nach der Novemberrevolution brach das patriotische Harmoniegebäude jählings zusammen, die freigewerkschaftlichen Verbände wurden zu Massenorganisationen und die anderen konnten sich nur durch schleunige Verwandlung in Auch-Gewerkschaften retten. Noch mehr gerettet hat sie allerdings die Arbeitsgemeinschaftspolitik des damaligen ADGB, die nichts anderes war, als Harmonieduselei in abgewandelter Form.

Nach dem Zusammenbruch von 1945 kam es wegen des nunmehr anstelle des Berufsprinzips offiziell übernommenen Industrieprinzips zwischen einem Teil der ehemals freigewerkschaftlichen Angestelltenführer und dem neuen DGB zu heftigen Auseinandersetzungen, die schließlich zur Gründung der DAG führten. Sie lehnten die Industriegewerkschaft mit der Begründung ab, daß weite Kreise der Angestellten noch nicht reif dafür seien und daß die Angestellten mit einer eigenen Organisation ihre Interessen besser vertreten könnten.

Das Ergebnis der vergangenen zwölf Jahre hat zwar überall das Gegenteil bewiesen, aber die Praxis und die Ideologie der Industriegewerkschaften als „Sozialpartner" anstelle von Klassenkämpfern hat den Standesdünkel der Angestellten eher gestärkt als geschwächt. Ein sehr wichtiges Rekrutierungsfeld der DAG sind gerade die Angestellten in den Industrieverbänden, die dort enttäuscht sind und sich majorisiert und vernachlässigt fühlen. So fallen sie zum Teil immer wieder ihren alten Irrtümern zum Opfer.

Ein sprechendes Beispiel dafür war seinerzeit der Streik, der in München gegen die Verlängerung des Ladenschlusses an Sonnabenden geführt wurde. Er wurde von der DAG sehr hartnäckig geführt, vom DGB zwar mitgemacht, dieser aber war nicht imstande, die Arbeiter für eine wirkliche Unterstützung zu mobilisieren. Es ist klar, daß Verkäuferinnen allein nur schwer einen erfolgreichen Streik gegen das mächtige Warenhauskapital und die von ihm irregeführte „öffentliche Meinung" führen können. Nur eine vom Geiste des Klassenkampfes erfüllte Arbeiterschaft kann eine Solidaritätsaktion durchführen, die auch persönliche Unbequemlichkeiten in Kauf nimmt, nicht aber eine, die vom Ungeist der „Sozialpartnerschaft" verseucht ist und die ihre persönliche Bequemlichkeit höher stellt als die Solidarität.

Das Problem der Existenz und der Ueberwindung der DAG, das so vielen denkenden Gewerkschaftsfunktionären uneingestanden so manche schlaflose Nacht bereitet, ist das Gewerkschaftsproblem unserer Zeit überhaupt. Die heutige Gewerkschaftspolitik kann die Sonderorganisationen der Angestellten und der Beamten nicht überwinden, weil sie selbst vom Geist der Klassenversöhnung angesteckt ist, der das Fundament dieser Angestellten- und Beamtenorganisationen bildet.

Der Schörner-Prozeß

ist zu Ende. Nach einer Ermittlungsdauer von zweieinhalb Jahren und den Vernehmungen von 600 Zeugen durch die Untersuchungsrichter bleiben ganze zwei Anzeigen gegen des Führers jüngsten Feldmarschall, Ferdinand Schörner, übrig. — Der kreißende Berg hatte eine Maus geboren.

Der Prozeß ist ausführlich von den Tageszeitungen behandelt worden, so daß an dieser Stelle nur die wesentlichsten Punkte beleuchtet zu werden brauchen. Punkt eins ist die sogenannte Offiziersehre, die durch diesen Prozeß ihren Todesstoß bekommen haben sollte. Sowohl das Auftreten Schörners wie auch anderer Generale vor Gericht war derart jämmerlich, daß man von dieser Art „Ehre" nicht mehr allzuviel halten darf. Was soll man von einem Feldmarschall halten, der einen strikten Durchhaltebefehl an die Truppe herausgibt und vier Tage später selber desertiert. Am 5. Mai 1945 gab Schörner seinen letzten Tagesbefehl:

> „Wir dürfen in diesen schweren Tagen unseres Reiches die Nerven nicht verlieren und nicht feige werden . . . Jede unerlaubte Entfernung, jeder Versuch, aus eigener Kraft den Weg in die Heimat zu finden, ist ehrloser Verrat am Kameraden, an unserem Volk, und muß entsprechend geahndet werden."

Vier Tage später stieg Herr Schörner, ohne Uniform und Ritterkreuz mit Brillanten in kurzen Lederhosen, in den letzten Fieseler-Storch und entschwebte gen Westen. „Wir dürfen . . . nicht feige werden . . ." Heute nahen sich ihm die Zeugen wieder mit devoter Verbeugung, reden ihn mit „Herr Feldmarschall" an oder stehen gar stramm.

Wenn Schörner nur wegen eines Bruchteils seiner Verbrechen verurteilt worden ist, so verdankt er das nicht zuletzt der Angst vieler Tatzeugen, die heute schon nicht mehr wagen, gegen einen ehemaligen General auszusagen. Schörner war eine der übelsten Kanaillen unter den Offizieren der großdeutschen Wehrmacht. Er paßt in die Rolle des Sündenbocks und sollte dazu gemacht werden. Auf seine Schultern wollte man abwälzen, was Tausenden von Generalen, Offizieren und Wehrmachtsbeamten zur Last gelegt werden kann. Dieses Manöver ist nicht geglückt. Schörner wurde von den Amerikanern 1945 an die Sowjetunion ausgeliefert und ist dort als Kriegsverbrecher zu 25 Jahren Zwangsarbeit verknackt worden. Im Januar 1955, auf der Höhe der Remilitarisierungsdebatte in der Bundesrepubilk, wurde er vorzeitig entlassen. Damals mußte er sich heimlich nach Hause schleichen, um vor aufgebrachten Landsern sicher zu sein.

Eine Flut von Enthüllungen und Angriffen gegen Schörner ging durch die bundesrepublikanische Presse. Es gab damals (soweit dem Verfasser dieser Zeilen bekannt ist) nur eine Zeitung, die den „wilden Ferdinand" in Schutz nahm. Das war — Oh, Ironie der Geschichte! — die „Hamburger Volkszeitung", das Organ der Hamburger KPD. Schörner hatte sich nämlich in einem Schreiben bei der Sowjetregierung für den unfreiwilligen Aufenthalt und seine vorzeitige Entlassung bedankt. Dies führte bei den Leuchten der Hamburger KPD zu dem Schluß, den vermeintlich „gewandelten" Schörner in den Reihen der „Friedensfreunde" zu begrüßen.

Schon damals, Anfang 1955, sagte der Bonner Theologe, Prof. Gollwitzer: „Vergessen scheint zu sein, daß dieser Schörner nicht der einzige war, der am sinnlosen Tod deutscher Soldaten schuld ist. Unzählige große und kleine Schörner sind mit gleicher Brutalität vorgegangen und haben ohne Gemütsbewegung erschossen und gehenkt. Und dieser eine Schörner hätte seine Taten nicht vollbringen können, wenn er nicht unzählige Helfershelfer und gefügige Untergebene gefunden hätte."

Diese „großen und kleinen Schörner" sind im Prozeß reihenweise aufgetreten. So hält z. B. Ernst Müller-Meiningen jr., der Berichterstatter der „Süddeutschen Zeitung", eine bezeichnende Episode aus dem Prozeß fest:

> „Als Major Jüngling zum Tode verurteilt war, unter dem Vorsitz von Wunderlich, da war alles, wie Jüngling versichert, ‚riesig freundlich' zu ihm. Jüngling, der mangels Truppen mit seinem Stab Neiße verlassen hatte, um den Divisionskommandeur zu suchen, berichtet vor dem Schwurgericht: „Generalrichter Wunderlich sagte hernach zu mir: ‚Wir haben gar nichts gegen Sie, aber denken Sie an die Kriegslage'." Jüngling habe geantwortet: ‚Glauben Sie denn, daß es dadurch besser wird?' Und der damalige Todeskandidat fährt fort: ‚Achselzucken; alle gaben sie mir die Hand und dann gab mir Wunderlich eine Kiste feinster Zigarren, beinahe noch voll.' Die beinahe noch volle feine Zigarrenkiste mit auf den Weg unter die Erde. Das ist immerhin besser als gar nichts. Der historischen Genauigkeit wegen sei keineswegs verschwiegen, daß Jüngling später von Schörner begnadigt wurde.
>
> Als Vorsitzender Graf und Staatsanwalt Weiss den Generalrichter Wunderlich wissensdurstig ausholen wollen, wie sich wohl — Katastrophe hin, Führer her — ein Hinrichtungsbefehl, erteilt einem Oberstrichter, mit einem Gerichtsverfahren vereinbaren lasse und wieso Schörner den Oberstrichter Neumann habe „anpfeifen" können, weil der Hinrichtungsbefehl noch nicht vollstreckt war, bekam das Schwurgericht von Generalrichter wunderliche Antworten wie diese: ‚Wenn mir jemand gesagt hat, der Mann ist zu erschießen, hieß das für mich Einleitung eines ordentlichen Verfahrens.' Oder: ‚Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß der Generaloberst (Schörner; d. Red.) ein Unrecht vollzogen sehen wollte.' Oder: ‚Die Strafrechtspflege lief geordnet ab. Zum Schluß haben wir noch Richter herangeholt.' Es ist nachträglich ungemein beruhigend, zu wissen, daß unsere Kriegsgerichte bis zuletzt noch so famos in Fahrt waren und sogar noch „fast volle" Kisten mit feinsten Zigarren für ihre Opfer übrig hatten."

Mannschaftsdienstgraden, das sei hier nebenbei vermerkt, wurden keine Kisten mit Zigarren angeboten. Der Gefreite Arndt, der zweite Fall im Prozeß, wurde sang- und klanglos ohne Gerichtsurteil erschossen. Nach dem Generalrichter Wunderlich seien noch einige gleichwertige Typen vorgeführt, die damals über Tod und Leben von tausenden Soldaten entschieden. Da ist der ehemalige Oberstrichter Dr. Artur Neumann, der den Obersten Sparre nicht mit dessen Gerichtsherrn telefonieren ließ und der für den Major Jüngling die Todesstrafe beantragte, obgleich er von dessen Unschuld überzeugt war. Der Grund? — Ja, der Gerichtsvorsitzende, der Generalrichter Wunderlich, habe ihm das eben so angeraten!

- Herr Neumann ist heute Senatspräsident am Landessozialgericht in Berlin!

Und da ist der Hauptmann Wolfgang Stamp, der den Erschießungsbefehl für den Gefreiten Arndt diktierte.

- Herr Stamp ist heute Oberlandesgerichtsrat in Hamburg.

Der Oberstrichter Werner Hülle schließlich steht unter dem Verdacht, an Hitlers „Katastrophenbefehl", der für die Erhängung von Tausenden von Soldaten im Frühjahr 1945 das Startsignal war, mitgearbeitet zu haben.

- Herr Hülle ist heute Oberlandesgerichtspräsident in Oldenburg.

Begleiter Neumanns und mitbeteiligt am Fall Sparre/Jüngling war der Kriegsgerichtsrat Dr. Enkhaus.

- Herr Enkhaus ist heute Landesgerichtsrat in Bückeburg.

Diese vier Juristen, die heute das Recht in der demokratischen Bundesrepublik wahren, wurden als Zeugen wegen Verdachts der Beteiligung nicht vereidigt. Dazu paßt ein Zeuge Hundt, Major der Bundeswehr in Bielefeld, der damals das Exekutionskommando, das den Gefreiten Arndt erschossen hat, geführt haben soll. Er kann sich jedoch wie sein Vorbild Schörner „an nichts erinnern". Auch dieser wackere demokratische „Bürger in Uniform" mußte unvereidigt in den Zeugenstand treten. Werden das Verteidigungsministerium und die Justizbehörden die Konsequenzen aus diesen Tatsachen ziehen? Nach den bisherigen Erfahrungen ist kaum damit zu rechnen. Man könnte die Zeugengalerie der großdeutschen

Wehrmacht noch seitenweise fortführen, ob sie Kesselring und Treskow heißen oder Generalrichter Roeder, es tritt uns die gleiche Geisteshaltung (wenn man hier überhaupt von Geist reden kann) gegenüber. Womit nicht gesagt ist, daß die Wehrmacht nicht auch über Köpfe von anderem Format verfügte als es Schörner einer war. Denn was war schon ein Schörner? Eine militärische Null, die jede operative Maßnahme dem Stabschef überließ, um stattdessen hinter der Front den Gendarm zu spielen und „Furcht und Schrecken" zu verbreiten. Das Urteil für seine Verbrechen ist milde. Viereinhalb Jahre Gefängnis ohne Ehrverlust. Immerhin war der Anschauungsunterricht, den der Prozeß bot, wertvoll. Vorausgesetzt, daß wir daraus die Lehren ziehen.

Bundesrepublikanisches Notizbuch

Die der amerikanischen Regierung nahestehende „New York Herald Tribune" hat in einer am 13. Oktober 1957 veröffentlichten Umfrage bei der Bevölkerung der westlichen Verbündeten und Neutralen festgestellt, daß die amerikanische Außenpolitik dort keineswegs populär ist. Auf die Frage, ob ihr Land in einem Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion alles tun solle, um neutral zu bleiben oder auf einer der beiden Seiten mitzukämpfen, hätten sich **in Deutschland 63 Prozent für Neutralität**, 24 Prozent für Beteiligung, 13 Prozent unentschieden ausgesprochen. Die entsprechenden Zahlen lauten für England: 54 Prozent, 41 Prozent und 5 Prozent; für Frankreich: 66 Prozent, 28 Prozent, 6 Prozent; Italien: 72 Prozent, 21 Prozent und 7 Prozent. Nur in Holland und Australien zeitigte die Umfrage ein positives Ergebnis für die US-Diplomatie à la Dulles. In einer Analyse dieser Befragung schreibt der frühere britische Staatsminister Nutting, man könne nicht leugnen, daß bestimmte Aspekte der Außenpolitik von Dulles (seine Theorie der Politik am Rande des Krieges und sein Verhalten in der Suez-Krise) die Kriegsablehnung verstärkt haben.

*

Die achtzehn deutschen Atomwissenschaftler, die am 12. April in ihrer „Göttinger Erklärung" auf die Gefahren der Atomwaffenversuche und der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen hingewiesen hatten, **erklärten erneut, daß sie auch heute noch ohne Einschränkung an ihrer Erklärung festhalten.** Die Erklärung, die im Namen aller achtzehn Professoren von Professor Gerlach veröffentlicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Auf die Erklärung über die Gefahren der atomaren Bewaffnung, die wir am 12. April dieses Jahres abgegeben haben, sind in den letzten Monaten verschiedene Entgegnungen veröffentlicht worden. Wir haben es für richtig gehalten, während des Wahlkampfes auf diese Entgegnungen nicht zu antworten. Heute stellen wir fest, daß wir alle an unseren damals ausgesprochenen Ueberzeugungen ohne jede Einschränkung festhalten. Auf sachliche Argumente in den Entgegnungen werden wir einzeln oder gemeinsam an anderen Stellen eingehen."

In einer besonderen Erklärung äußerte sich Prof. Gerlach zu der Haltung des Hamburger Physikers Pascual Jordan gegenüber dem Göttinger Manifest. Er betonte mit Nachdruck, Jordan habe in seinem neuesten Buch entscheidende Stellen der Göttinger Erklärung falsch zitiert! Mit einem solchen Verfahren richte sich der Verfasser selbst. Pascual Jordan ist inzwischen Bundestagsabgeordneter der CDU geworden.

*

Wie die „Deutsche Volkszeitung" schreibt, tritt der Heimkehrerverband in seinem Organ dafür ein, daß die Repatriierungsverhandlungen mit der Sowjetunion wieder dem Deutschen Roten Kreuz anvertraut werden, da humanitäre Organisationen auf diesem Gebiet zu größerem Erfolg kommen könnten als die Bundesregierung. Die Zusammenarbeit zwischen dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes und dem sowjetischen Roten Kreuz sei ausgezeichnet gewesen. Nach Ansicht des „Heimkehrers" war es falsch, dieses Problem juristisch oder politisch aufzuzäumen. Das Blatt schreibt wörtlich: „In der Tat ist es fraglich, ob **wir den Sowjets zumuten** müssen, **daß sie Deutsche aus Familien, die seit 1750 oder 1800 in der Ukraine oder am Schwarzen Meer lebten als deutsche Staatsangehörige behandeln,** weil sie nach Besetzung der westlichen Sowjetunion durch die Wehrmacht als Personen deutscher Abstammung in Deutschland eingebürgert worden sind."

Es ist gut, daß es gerade der Heimkehrerverband ist, der eindeutig die Tatsachen feststellt. Ihm wird man keine „Kommunistenhörigkeit" anhängen können. Sowohl die Bundesregierung als auch die westdeutsche Presse haben nämlich bis heute vertuscht, daß die Mehrzahl der Menschen, um die es bei den Repatriierungsverhandlungen geht, vor dem Krieg sowjetische Staatsbürger waren.

*

Der Verteidigungsausschuß des Bundestages hat die beiden im neuen Parlament nicht mehr vertretenen Abgeordneten Hasso von Manteuffel und Martin Blank (beide DP) praktisch entlastet. Der Abschlußbericht kommt zu der Feststellung, es lägen „keine Anhaltspunkte vor, die als Beweis für die Vorwürfe dienen können". Dagegen **gilt der CDU-Abgeordnete Fritz Berendsen weiterhin als schwer belastet.** Im Abschlußbericht läßt sich dies allerdings nur zwischen den Zeilen lesen. Offensichtlich wollte man dem Prokuristen Berendsen und der hinter ihm stehenden Firma Klöckner und Co. nicht allzu wehe tun. Es hat sich alles bestätigt, was wir über die Affäre geschrieben haben. Es ist erwiesen worden, daß Berendsen Gespräche über Rüstungsaufträge mit Vertretern des Bundesverbandes der deutschen Industrie, des Bundesverteidigungsministeriums und der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz geführt hat. Ebenfalls wird als erwiesen angesehen, „daß der Abgeordnete Berendsen nach Paris fahren wollte, um die Zustimmung einer französischen Rüstungsfirma auf Verminderung eines ihr bereits erteilten Auftrages zugunsten der deutschen Industrie zu erreichen". Der Hinweis einiger Abgeordneter, daß bisher nur die Firma Klöckner-Humboldt-Deutz einen Auftragsanteil für Schützenpanzer von der französischen Firma Hotchkiss erhalten hat, ist nicht in den Bericht mit aufgenommen worden. Immer wieder heißt es in dem Bericht „nicht erwiesen", weil Herr Berendsen ein sehr schlechtes Gedächtnis hat. So versuchte er auch zu bestreiten, daß die Firma Klöckner-Humboldt-Deutz und Klöckner und Co. finanziell zusammenhängen. Eine Tatsache, die man in jedem Wirtschaftslexikon nachlesen kann. Man fühlt sich an den Vers Bert Brechts erinnert:

„Und er kann sich nicht erinnern,
Und man kann nicht an ihn ran,
Denn ein Haifisch ist kein Haifisch,
Wenn man's nicht beweisen kann."

„Trotz der inzwischen erfolgten Erhöhung der Beamtengehälter ist eine umfangreiche Untersuchung über die Lebensverhältnisse der Beamten ... von aktuellem Interesse ... 83,8 Prozent der Befragten (40 000 von 200 000 Fragebogen konnten unter prozentualer Berücksichtigung von Laufbahngruppen, Ortsklassen, Besoldungsgruppen, Dienstalter usw. ausgewertet werden) hatten im Stichjahr keine Urlaubsreise gemacht. Auch der Wunsch nach ihr trat hinter den Wünschen für dringende Anschaffungen zurück. In der Wunschliste auf Grund der berühmten Frage ‚Was würden Sie kaufen, wenn Sie plötzlich 1000 DM bekämen?' rückte der Wunsch nach einer Reise (nur 6,6 Prozent) hinter denen nach Kleidung (77,5 Prozent), Hausrat (57,9 Prozent) und Möbeln (51,2 Prozent) weitaus an die letzte Stelle. — Fleisch zum Mittagessen gibt es im Beamtenhaushalt bei 13,7 von 100 Familien nur sonntags, bei 33 Prozent der Familien zweimal, bei 28 Prozent dreimal in der Woche. In 27 Prozent der Beamtenfamilien wird keine Butter, sondern nur Margarine gegessen. Rechnet man dazu noch die, bei denen Butter ‚nur fürs Kleinkind' mit Mengen bis zu 125 g wöchentlich erscheint, so kommt man sogar auf 31,6 Prozent, die keine Butter essen. 84,2 Prozent der Befragten haben keinen Kühlschrank ... Nur 14,8 Prozent aller Befragten haben ein Sparkonto, nur 5,5 Prozent sind bei einer Bausparkasse beteiligt. 14,3 Prozent der Beamtenfamilien besitzen ein Motorfahrzeug (davon nur 3,3 Prozent einen Pkw und 5,1 Prozent ein Motorrad) ..." („Frankfurter Rundschau", 22. August 1957.)

Alle Zuschriften an Redaktion und Verlag: Arbeiterpolitik, Stuttgart-Bad Cannstatt. - Alle Geldüberweisungen an: Kümmerle, Stuttgart, Postscheckamt Stuttgart, Konto Nr. 783 37. - Die Arbeiterpolitik erscheint am 5. und 20. jeden Monats und kann vom Verlag oder über die Postzeitungsliste bezogen werden. Vierteljährlicher Bezugspreis unter Streifband DM 2.40 zuzüglich 42 Pfg. Porto, zusammen DM 2.82. Vierteljährlicher Bezugspreis über Postzustellungsliste DM 2.58. - Druck: Verlagsdruckerei Carle, Vaihingen/E. - Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Heinz Scholz, Stuttgart-Münster.